Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Telephon Redaktion 2552

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Telephon Expedition 2537

Nr. 14. | Danzig, den 14. Februar 1912. | 3. Jahrgang.

Unsere Aufgaben.

Genossin Rosa Luxemburg schreibt in der Bremer Bürger-Zeitung:

Für liberale Politiker war natürlich die erste Sorge nach dem großen Wahlkampf die weltbewegende Frage: Wer wird der Präsident des Reichstags sein? Eine herzlich gleichgültige Sache aber ist der Präsidentenposten im bürgerlichen Parlament bei einer Dreiviertelmehrheit, zu der wir uns in allen Lebensfragen des Volkes im denkbar schärfsten Gegensatz befinden, für eine Partei wie die Sozialdemokratie. Unsere Macht liegt nicht im Parlament, nicht in parlamentarischen Schachzügen und Kulissenschiebereien, sondern draußen in den 4¼ Millionen Volksmassen. Bringt der Präsidentenposten uns gar in Widerspruch mit unseren republikanischen Grundsätzen, so kann er uns ruhig durch irgend einen liberalen Spezialisten parlamentarischer Wichtigtuerei gestohlen werden. Die hungrigen und geknechteten Personen, die ihr Hoffen auf uns gesetzt, ihr Vertrauen uns geschenkt haben, brauchen unsererseits wirkliche Machtstellung, nicht dekorative Scheinposten in einem Parlament, in dem wir keine Mehrheit haben. Und eine wirkliche Machtstellung im Parlament kann sich unsere Partei nur schaffen durch die Gründlichkeit, Schärfe und Entschlossenheit ihrer Kampftaktik. Als die weitaus stärkste Partei des Reiches sind wir verpflichtet, auf der ganzen Linie in die Offensive überzugehen und so zum Mittelpunkt des politischen Lebens die Interessen, die Forderungen der Millionen zu machen, die hinter uns stehen.

Als erste dringende Aufgabe ergibt sich da für uns die energischste Weiterführung des **preußischen Wahlrechtskampfes.** Seit bald zwei Jahren haben wir die großartigen Massenaktionen für die Eroberung des demokratischen Wahlrechts in Preußen eingestellt, um alle Kräfte auf die Reichstagswahlen zu konzentrieren. Nun sind die Wahlen vorbei, der Sieg ist unser, und gerade dieser Sieg verpflichtet uns, die Massenaktion zur Erstürmung des Dreiklassenparlaments mit doppelter Wucht wieder aufzunehmen. Vor dem sozialdemokratischen Siegeszug des allgemeinen Wahlrechts im Reiche muß das preußische Klassenwahlrecht wie ein morsches Wrack zusammenbrechen. An uns liegt es jetzt, die Macht der proletarischen Massen auf den Plan zu rufen, die das Werk vollbringen werden, die politische Klassenfeste zu schleifen.

Offensive ist uns aber auch geboten im Reichstag selbst gegenüber dem Hauptfeind: dem **Imperialismus.** Die erste große Auseinandersetzung unserer Fraktion mit den deutschen Kriegshetzern aus Anlaß der Marokkoaffäre hat gezeigt, daß unsere parlamentarische Taktik gegen diesen Feind noch nicht die nötige Schlagfertigkeit besitzt. Nachdem der Kampf gegen den Imperialismus bei den Wahlen eine so überragende Rolle gespielt und bei den Volksmassen im ganzen Reiche eine so rückhaltlose Zustimmung gefunden hat, sind wir verpflichtet, gegen ihn im Reichstag mit höchster Gründlichkeit und prinzipieller Schärfe aufzutreten. Der nationalen Phrase, die uns im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegentrat und hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschrecken und persönliches Regiment lauern, müssen wir jetzt im Reichstag eine Generalschlacht liefern. Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem **Gesetzentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Milizsystems** parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Teilerscheinungen ermöglichen. Sie verliehe im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben.

Die Sicherung des bedrohten Reichstagswahlrechts fordert einen kraftvollen Vorstoß heraus. Die beste Verteidigung ist der Hieb. Die Sozialdemokratie wird ihn wirksam in Gestalt eines Antrags auf die **volle Demokratisierung des Reichstagswahlrechts führen.** Sie kann sich nicht damit begnügen, mit den Liberalen zusammen die **Neueinteilung der Wahlkreise** zu heischen, sie muß die Gesamtheit unserer Programmforderungen zum Wahlrecht erheben. Darin ist die Forderung des **Frauenwahlrechts,** das Bürgerrecht aller Großjährigen inbegriffen. Unsere Frauen, unsere jungen Männer unter fünfundzwanzig Jahren haben so viel zum glänzenden Siege der Sozialdemokratie beigetragen, daß ihre politische Reife nachgewiesen, ihre politische Mündigkeitserklärung verdient ist.

Aber auch die Frage des täglichen Brots der Massen, die im Wahlkampf im Mittelpunkt stand, muß zu einem kräftigen Vorstoß veranlassen. Die 4¼ Millionen sozialdemokratische Stimmen sind ein Millionenschrei: Fort mit den Lebensmittelzöllen, fort mit den indirekten Steuern! Diesem Schrei der darbenden Massen muß unsere Fraktion im Reichstag Gehör verschaffen. Ein schleuniger Antrag auf **Aufhebung aller Lebensmittelzölle und Lebensmittelsteuern** ist zwingendes Gebot unserer parlamentarischen Pflicht.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik endlich harren unserer große Aufgaben. Die gewaltige Wählermasse und die dreifach so zahlreiche Volksmasse, die hinter uns steht, erwartet jetzt von uns positive Arbeit. Positive Arbeit nicht bloß in dem Sinne, der unsere gesamte Aufklärungstätigkeit durchdringt, sondern auch in dem engeren Sinne eines energischen Kampfes um sozialpolitische Reformen. Die stärkste Fraktion des deutschen Reichstages ist geradezu verpflichtet, aus der langen Defensive herauszutreten, in der wir uns gegen die unaufhörlichen Vorstöße der scharfmacherischen Reaktion wehrten. Die Zettelungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter können am erfolgreichsten durch eine kräftige Offensive der Sozialdemokratie zurückgewiesen werden. Und da bietet sich von selbst diejenige Forderung unseres Programms, die den Grundstein der gesamten modernen Sozialpolitik darstellt: **der gesetzliche Achtstundentag.**

Seit Jahren hat die sozialdemokratische Fraktion keinen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht; zuletzt ist die Regierung von uns aufgefordert worden, einen Gesetzentwurf vorzulegen auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages mit einer stufenweisen Herabsetzung bis zum Achtstundentag. Es ist klar, daß die heutige Machtstellung der Sozialdemokratie ein viel energischeres Vorgehen heischt; das Einbringen eines eigenen Gesetzentwurfes auf Einführung werden wir am meisten den frisch zu uns gestoßenen proletarischen Scharen aus dem Herzen sprechen, die früher dem Zentrum anhingen; durch ihn werden wir am besten unsere Gewerkschaften fördern, die ihren vollen Anteil an unserem Wahlsieg haben und jetzt auch die Früchte dieses Sieges zu ernten berechtigt sind. Es könnte auch keine günstigere wirtschaftliche Situation für eine umfassende Achtstundenagitation von der Parlamentstribüne und im Lande geben, wie gerade die jetzige. Wir leben in einer Periode glänzenden industriellen Aufschwungs. Die starke Anspannung der Produktion in den beiden führenden Industriezweigen: der Kohlen- und Eisenindustrie; die höchsten Ein- und Ausfuhrziffern, die Deutschland im letzten Jahre erreicht hat; die Kapitalserhöhungen der Banken und der großen Aktiengesellschaften; die hohen Dividendenziffern — alles zeigt, daß das Kapital wieder einmal goldene Ernten einheimst. Diese Gunst der wirtschaftlichen Lage zusammen mit dem gewaltigen Machtzuwachs der Sozialdemokratie muß in eine energische Aktion für den Achtstundentag umgesetzt werden. Sie bedarf des parlamentarischen Vorstoßes; unsere Fraktion im Parlament muß die Wortführerin, das Sprachrohr einer großen Massenagitation im ganzen Reiche sein.

Offensive auf der ganzen Linie: im preußischen Wahlrechtskampf, im Kampfe gegen Imperialismus, im Kampfe um billiges Brot und in der positiven Arbeit der Sozialpolitik! Beispiellos wie unser Wahlsieg muß die Entschlossenheit und Schärfe unserer parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion sein. Nicht in grotesken Blockspekulationen mit den jämmerlichen liberalen Mandatjägern, sondern in einer selbständigen, kühnen und grundsätzlichen Klassenkampftaktik müssen wir der Internationale vordemonstrieren, wie die Partei des Proletariats parlamentarische Mittel für das revolutionäre Endziel der Sozialdemokratie auszunutzen vermag.

Politische Übersicht.

Kolonialpolitik und Moral.

Der neue Staatssekretär der Kolonien, Dr. Solf, hat als erste Leistung für Samoa die Mischehen zwischen Farbigen und Weißen verboten. Dieser Erlaß ist einer jener Momente, die eine ganze Lektion über das Wesen des Ungeheuers Kolonialpolitik geben.

Die Argumentation des Herrn Solf gegen die Mischehen, die in der Kölnischen Zeitung erschien, geht von einer Anschauungsweise aus, die im Mittelalter auch in Europa die Ehen zwischen der Herrenrasse und den Hörigen verbot; sie paßt aber zu unseren modernen Anschauungen ebensowenig wie die Hexenverbrennung oder das Recht der ersten Nacht. Sie schändet den deutschen Namen, entwürdigt die Samoanerinnen und das ganze samoanische Volk und übt rückwirkend einen verrohenden Einfluß aus auf das Denken und Empfinden der Leute, die so etwas anordnen oder in Deutschland auch nur stillschweigend billigen.

Um die ganze Tragweite dieser unverantwortlichen Sölserei ermessen zu können, muß man die in Samoa tatsächlich bestehenden Verhältnisse ins Auge fassen. In Samoa zählte am 1. Januar die gesamte weiße Bevölkerung: 181 ledige und verwitwete Männer und 45 ledige und verwitwete Frauen.

Verheiratet waren 52 Männer mit anwesenden und 7 mit abwesenden weißen Frauen. Dagegen waren 81 Männer verheiratet mit farbigen Frauen. Die Heirat mit farbigen Frauen ist also bei weitem überwiegend in Brauch.

An Kindern aus weißen Ehen waren 22 männlichen und 33 weiblichen Geschlechts vorhanden.

Dagegen zählt die samoanische Bevölkerung insgesamt 32 478 Personen, darunter Männer 10 120, Frauen 9563 und Kinder 13 795. Daneben gab es noch Chinesen: 1352 Männer und eine Frau und eingewanderte Südseeinsulaner von anderen Inseln: 830 Männer.

Die Mischlingsbevölkerung (also Abkommen von weißen Männern und farbigen Frauen) betrug gleichzeitig: 220 erwachsene Männer, 190 erwachsene Frauen, 282 männliche und 311 weibliche Kinder. Die große Zahl der Kinder im Verhältnis zu der Zahl der Erwachsenen erklärt sich natürlich daraus, daß darunter auch die Kinder aus gemischten Ehen einbegriffen sind. Die Mischlingsbevölkerung vermehrt sich stärker als die somoanische und die weiße.

Der bestehende Zustand ist also der, daß die einwandernen weißen Männer aller Nationalitäten sich mehr mit Samoanerinnen als mit weißen Frauen verheiraten. Dazu kommen dann noch die nicht in der Statistik erfaßten Konkubinate der zahlreichen ledigen Männer mit den Samoanerinnen. Alles das, ob es nun einem preußischen Bureaukraten angenehm oder unangenehm erscheint, ist das natürliche Ergebnis der Kolonisierung eines fernabliegenden Tropenlandes durch eine europäische Macht.

Ueber diese Verhältnisse ist sich Herr Solf auch vollkommen klar. In der Sitzung der Budgetkommission vom 24. März 1911 warnte er vor der Heranziehung von deutschen Kleinsiedlern nach Samoa, da das Land seines Klimas wegen nicht geeignet sei für Europäer; Somoa sei klimatisch ebenso zu bewerten wie die übrigen tropischen Kolonien und wirke ebenso auf den lange angesessenen Europäer ein wie diese, wenn es auch keine Malaria hätte. Weiter führte er aus:

> „Der Kleinsiedler wolle draußen eine zweite Heimat haben. Er wolle sich einen Hausstand gründen, eine Frau nehmen und Familie haben. Eine weiße Frau zu heiraten, sei aber kostspielig. Ausgeschlossen sei es für ihn, sich oder seiner Frau zur Erholung einen längeren Aufenthalt in einem kühleren Klima zu gönnen oder gar seine Kinder zur Erziehung nach der Heimat zu senden. So wüchsen seine Kinder unter den Samoanern auf und entwickelten sich zu degenerierten Vertretern unserer Rasse. Die meisten Kleinsiedler heiraten aber nicht weiße Frauen, sondern Samoanerinnen oder Mischlingsmädchen und schüfen dadurch eine Halbblutbevölkerung. Wer Gegner des Halbbluts sei, dürfe nicht Freund der Kleinsiedelungen sein, denn beides gehe Hand in Hand."

Unter den Weißen, die sich mit Samoanerinnen verheiraten, gibt es aber nicht nur Kleinsiedler, sondern Minderbemittelte aller Art: kaufmännische Angestellte und Beamte. Die meisten von ihnen sind nach Solfs eigener Ansicht in der Zwangslage, entweder ledig bleiben oder eine Eingeborene heiraten zu müssen. Wird ihnen das Heiraten verboten, so bleibt ihnen nur das Konkubinat übrig und wo auch das ihnen unmöglich gemacht wird, wie Dernburg, Schuckmann und Lindequist das in Südwestafrika dadurch bewirkt haben, daß sie den Weißen, die im Konkubinat mit eingeborenen Frauen leben, die staatsbürgerlichen Rechte entziehen, was ist da die Folge?

Da kein Polizeiverbot den Naturtrieb ausrotten kann, tritt an die Stelle der staatlich konzessionierten oder der nicht konzessionierten Ehe der regellose Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Samoanerinnen mit der Wirkung, die weißen Männer, besonders aber die unglücklichen Samoanerinnen zu demoralisieren, indem sie auf solche Weise durch die amtlichen Verbreiter christlicher Kultur in den entwürdigenden Zustand der Prostitution hinabgestoßen werden.

Als diese bereits in Südwestafrika begangene Scheußlichkeit an das Tageslicht kam, hat die Sozialdemokratie im Reichstag energisch dagegen protestiert, während die auf ihr Christentum und ihre Wohlanständigkeit pochenden bürgerlichen Parteien insgesamt sie stillschweigend billigten. Herr Dernburg, der seiner Bürgergarde sicher war, hörte die sozialdemokratischen Vorhaltungen mit fettigem Grinsen gleichmütig an, und Herr von Schuckmann, dem vorgehalten wurde, daß er früher als christlicher konservativer preußischer Abgeordneter ganze Kübel sittlicher Entrüstung über „das schandbare nächtliche Treiben in der Friedrichstraße" ausgegossen hatte, ließ es gleichfalls schweigend über sich ergehen, daß er als staatlicher Mittelsmann für Ausbreitung der Prostitution in Südwestafrika entlarvt wurde.

In Samoa ist diese ehefeindliche und prostitutionsfördernde Politik deshalb noch besonders verwerflich, weil die Samoaner ein in körperlicher und geistiger Entwicklung weit höher stehendes Volk sind als Hottentotten und Bantuneger. Die Deutschen haben z. B. von der Einführung der Prügelstrafe in Samoa Abstand nehmen müssen, weil die Samoaner sich das nicht gefallen lassen wollten. Die deutsche Verwaltung müßte eine Ehre darin suchen, diesen entwicklungsfähigen Volksstamm auf ein höheres Niveau zu heben. Statt dessen muß die Durchführung des Solfschen Ukas die Demoralisierung und dauernde Verfeindung der Samoaner und der deutschen Einwanderer zur Folge haben.

Die Sozialdemokratie wird jedenfalls im Reichstag Herrn Solf zur Verantwortung ziehen und die bürgerlichen Parteien erneut auf die Probe stellen, was es mit ihrem Gerede von der Verbreitung christlicher Kultur auf sich hat.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Kampf um den Präsidentenposten.

Eine Präsidentenwahl wie diese hat der deutsche Reichstag noch nicht erlebt. Dreitägige Verhandlungen gingen ihr vorauf, und einer dreimaligen Abstimmung bedurfte es, um zur Wahl des ersten Präsidenten zu gelangen. Und wiederum bedurfte es mehrmaliger Abstimmungen, um die Wahl des ersten Vizepräsidenten zu verwirklichen. Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten erfolgte dann in einmaliger Abstimmung. Der Ausgang der Wahl war bis zu Beginn der Wahlhandlung nicht nur, sondern noch bis zur Feststellung des zweiten Resultats völlig ungewiß. Wenn man zunächst eine allgemeine politische Lehre aus diesen Vorgängen ziehen darf, so war es ein Triumpf der politischen Konsequenz und eine Blamage für alle Schlaumeierei, Rechnungsträgerei und Schwachmütigkeit. Gewählt wurden der Zentrumsmann Spahn als Präsident, der Sozialdemokrat Scheidemann als erster und der Nationalliberale Paasche als zweiter Vizepräsident. Aber wie ist das zustande gekommen?

Die sozialdemokratische Fraktion hat das Bestreben gehabt, das Resultat der Reichstagswahlen auch in der Zusammensetzung des Präsidiums im Reichstage zum Ausdruck zu bringen. Davon aus-

gehend, daß die sozialdemokratische Fraktion trotz ihrer Stärke doch nicht einmal ein Drittel der Parlamentsmitglieder umfaßt, wollte sie zunächst davon absehen, für den Präsidentenposten einen Kandidaten aus ihren Reihen aufzustellen. Sie erklärte den liberalen Parteien, daß sie selbst gegenwärtig auf den Präsidentenposten verzichten wolle und für einen liberalen Präsidenten stimmen würde, falls die Liberalen den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Ersten Vizepräsidenten zu wählen sich entschließen sollten. Von den liberalen Parteien erkannte von vornherein die Fortschrittliche Volkspartei den Anspruch der Sozialdemokratie auf den Ersten Vizepräsidenten an. Die Führer der nationalliberalen Partei waren bei den Verhandlungen zunächst auch dazu bereit. Sie erklärten ausdrücklich, daß sie, nachdem die sozialdemokratische Fraktion die staatsrechtlichen Bedingungen, die mit dem Amt eines Vizepräsidenten verknüpft seien, übernehmen wolle, keinen Anlaß hätten, mehr zu fordern. Im Gegensatz dazu erklärte das Zentrum, daß es ganz entsprechend der Auffassung ihres verstorbenen Führers Lieber einen Sozialdemokraten nur wählen kann, wenn er sämtliche höfischen Verpflichtungen übernimmt.

Bei den Führern der Sozialdemokratie und der beiden liberalen Parteien fand der Vorschlag, einen Nationalliberalen zum Präsidenten, einen Sozialdemokraten zum Ersten Vizepräsidenten und einen Fortschrittler zum Zweiten Vizepräsidenten zu wählen anfänglich im allgemeinen Zustimmung. Nur trugen die Nationalliberalen Bedenken, ein Präsidium zu bilden, das sich, da die Schwarzblauen und die Linke sich beinah das Gleichgewicht halten, auf eine ungewisse Mehrheit stützt. Schließlich erklärte sich die nationalliberale Fraktion bereit, den Präsidenten zu stellen, wollte aber der Sozialdemokratie nur den zweiten Vizepräsidentenposten einräumen. Bei dieser Situation mußte die Sozialdemokratie dazu kommen, selbständig vorzugehen, und einen Kandidaten für den Präsidentenposten in der Person des Genossen Bebel zu stellen. Das Resultat der Abstimmung war im ersten Wahlgange folgendes:

Es wurden abgegeben für

Bebel (Soz.)	110 Stimmen
Spahn (Ztr.)	1[illegible] „
Schönaich-Carolath (Ntl.)	88 „
Heine (Soz.)	1 „
Paasche (Ntl.)	1 „

Es mußte infolgedessen zur engeren Wahl geschritten werden. Bei dieser erhielt:

Spahn	[illegible] Stimmen
Bebel	[illegible]14 „
Schönaich-Carolath	[illegible] „

Da kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht hatte, so war ein dritter Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten erforderlich, die die meisten Stimmen erhalten hatten. Das Resultat war.

Spahn	196 Stimmen
Bebel	175 „

Spahn erhielt also nicht einmal die Mehrheit aller Mitglieder des Hauses. Die auf Genossen Bebel vereinigte Zahl ist sehr groß und es ergibt sich aus ihr, daß nicht nur die Fortschrittler für ihn gestimmt haben, sondern auch etwa die Hälfte der Nationalliberalen.

Die Richtigkeit der sozialdemokratischen Taktik wurde sofort bestätigt, als es sich um die Wahl des 1. Vizepräsidenten handelte. Hierbei erhielt

Genosse **Scheidemann**	**188 Stimmen**
Dietrich (Kons.)	174 „
Paasche	3 „
Unbeschrieben	21 Stimmzettel.

Somit war Genosse Scheidemann zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten wurden 365 Stimmen abgegeben, davon waren 35 Stimmen ungültig. Auf Paasche (Ntl.) entfielen 274 Stimmen, auf Kaempf (Fortschr. Vp.) 11, Dietrich (Kons.) 2, Heydebrand 2, Stadthagen 1. Paasche nahm die Wahl an.

Herr Peter Spahn indessen hat sich seiner Würde nicht lange erfreut. Gerade einen Tag dauerte seine Präsidentschaft, dann trat er zurück. Was ihn zum Rücktritt veranlaßte, darüber sind die verschiedenen Vermutungen laut geworden. Er hat sein Amt niedergelegt, noch ehe sich die Zentrumsfraktion mit der Frage beschäftigt hatte; die versammelte schwarze Fraktion konnte nur noch, wie es hieß, ihrer „Freude“ über diesen Schritt Ausdruck geben. Dennoch: So ganz freiwillig hat Peter Spahn nicht abgedankt, sonst hätte er ja die Wahl gar nicht erst anzunehmen brauchen. Nun will man sich damit herausreden, ein Grund, der besonders von der Germania ins Feld geführt wird, das Zentrum wollte nicht einem Reichstagspräsidium angehören, in dem ein Sozialdemokrat sitze. Dr. Spahn habe, als er die Wahl annahm, noch nicht wissen können, daß man [illegible] Scheidemann gewählt wurde. Diese Scheu des Zentrums vor der Sozialdemokratie ist eine ganz neue Eigenschaft, an die aber niemand recht glauben mag. Denn man war ja [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

fest auf das Ziel gerichtet: Befreiung der Arbeiterklasse wird bei allen ihren Entscheidungen nichts anderes bestimmend sein, als das Wohl des Volkes.

Der Reichsetat für 1912.

Der Voranschlag für das mit dem 1. April beginnende Rechnungsjahr 1912/13 schließt in seinen Endsummen im ordentlichen Etat mit 2 275 067 622 Mk. an fortlaufenden und 409 822 808 Mk. an einmaligen Ausgaben und mit 2 684 890 430 Mark an Einnahmen ab. Dazu kommt dann noch der außerordentliche Etat, der in Einnahmen und Ausgaben mit 134 473 100 Mark schließt. Die gesamten Ausgaben und Einnahmen decken sich sonach mit einer Summe von

2 819 363 530 Mark.

Zur Bestreitung einmaliger ordentlicher Ausgaben werden auf dem Wege des Kredits 43 758 372 Mk. flüssig gemacht.

Von den Einnahmen seien folgende Positionen hervorgehoben:

Zölle, indirekte Steuern und Gebühren	1 561 749 400 Mk.	(+ 79 007 500 Mk.)
Matrikularbeiträge	234 759 729 „	
Reichspost	781 381 000 „	(+ 47 219 400 „)
Reichs[illegible]	11 [illegible] 0 „	([illegible] „)
Reichs[illegible]	138 780 000 „	([illegible] 887 000 „)
Reichsamt des Innern	**21 856 485** „	(+ 1 651 449 „)

Der Rest der Einnahmen verteilt sich auf eine ganze Reihe von Kapiteln; es erhält ohne weiteres, daß das Reich den Hauptteil seiner Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern zieht.

Die Ausgaben sind so ziemlich auf allen Gebieten gestiegen, am meisten natürlich wieder bei der Heeresverwaltung.

Die fortdauernden Ausgabeposten setzen sich wie folgt zusammen:

Reichstag	2 121 250 Mk.	
Reichskanzler	314 470 „	
Auswärtiges Amt	18 721 447 „	(+ 132 764 Mk.)
Reichsamt des Innern	93 510 121 „	(+ 4 466 354 „)
Reichsheer	669 763 268 „	(+ 33 702 994 „)
Reichsmilitärgericht	531 317 „	(— 11 485 „)
Marine	177 927 651 „	(+ 10 720 497 „)
Reichsjustizverwaltung	2 858 130 „	(450 „)
Reichsschatzamt	38 345 703 „	(+ 507 168 „)
Kolonialamt	2 891 116 „	(— 7 006 „)
Reichsschuld	247 565 055 „	(— 32 792 088 „)
Pensionsfonds	143 411 248 „	(— 844 995 „)
Reichspost	667 864 679 „	(+ 24 156 874 „)
Reichseisenbahnen	1095[illegible]980 „	(+ 1 659 650 „)

Der Rest verteilt sich auf eine Reihe anderer, wenig bedeutender Positionen. Von den einmaligen Ausgaben verdienen Erwähnung:

Reichsamt des Innern	44 189 550 Mk.
Reichsheer	83 980 757 „
Marine	169 738 665 „
Kolonialamt	22 640 750 „

Aus den Ausgaben im außerordentlichen Etat fallen noch auf:

Reichsheer	16 764 300 Mk.
Marine	82 570 000 „
Für das Heer sonach insgesamt	771 039 632 „
„ die Marine	430 236 316 „
„ den Pensionsfonds	143 411 248 „

Das Reich gibt also in diesem Jahre für Rüstungen aus:

1 344 687 196 Mark.

Dazu kommt nun noch eine Heeres- und eine Marinevorlage, die, knapp gerechnet, zweihundert Millionen Mark Mehrkosten verursachen werden, sodaß das Reich mehr als fünfzig Prozent seiner Einnahmen für Rüstungszwecke ausgibt.

Die zu verzinsenden Reichsschulden beziffern sich nach dem neuen Etat auf

4 823 656 700 Mark,

wofür die deutschen Steuerzahler an Zinsen pro Jahr 185 Millionen Mark aufbringen müssen. — Die Berliner Volkszeitung stellt dazu folgendes Rechenexempel auf:

Rechnen wir den Durchschnittstagesverdienst eines deutschen Arbeiters auf 4 Mk. täglich, dann erarbeiten 250 000 Arbeiter täglich [illegible] 1 Million Mark. Aufzubringen an Zinsen für die Reichsschulden sind jährlich 185 Millionen Mark. Folglich müssen in Deutschland **eine viertel Million Arbeiter ganze 185 Tage, länger als ein halbes Jahr arbeiten, um einen Lohn in Höhe der jährlichen Schuldenverzinsung zu erarbeiten!**

Diesen Zustand nennt man dann eine „Gesundung“ unserer Reichsfinanzen!

Das Preußische Abgeordnetenhaus

überwies einen nationalliberalen und einen fortschrittlichen Antrag, die die gesetzliche Aufbesserung der Altpensionäre, d. h. der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen verlangen, an die Budgetkommission. Namens unserer Fraktion trat Genosse Ströbel warm für die Pensionäre ein. Ob die Regierung sich auf den Standpunkt des Hauses stellen wird, ist zweifelhaft, da der Finanzminister bereits in seiner Etatsrede prinzipielle Bedenken dagegen vorgebracht hat. — Weiter nahm das Haus einen Antrag betr. Regelung der Verhältnisse der [illegible] Staatsbeamten an. Dagegen lehnte es einen [illegible] Antrag der Fortschrittler auf Erweiterung des gesamten [illegible] gegen die Stimmen der Fortschrittler ab.

Zur Beratung des Etats vom Ministerium des Auswärtigen lag ein nationalliberaler Antrag vor, die Regierung möge tunlichst [illegible] Mitteilungen über die Verhandlungen machen, die mit der Kurie über das [illegible] des Papstes betr. [illegible] besonders möge die Regierung den darauf bezüglichen [illegible] Schriftwechsel vorlegen. [illegible]

[illegible]

Ueber die Zusammensetzung der Polenfraktion wird berichtet, daß das „demokratische“ Element bedeutend überwiege. Die Fraktion besteht erstens aus den [illegible] Nationaldemokraten: [illegible] Dr. v. Rzeszewski-Posen, Rechtsanwalt Wl. Seyda-Posen, Dr. Chlapowski-Posen, Propst Kurzawski-Kaposch, Kaplan Pospiech-Jaworowo, O.-Sch.; zweitens aus den fünf gemäßigten Demokraten: Graf Mielczynski-Köbnitz, Rechtsanwalt v. Trampczynski-Posen, Probst Dunajski-Lippusch, Vorsitzender der polnischen Berufsvereinigung Sosinski-Kattowitz, Pfarrer Brandys-Dziergowitz und aus den fünf Konservativen: Rentier v. Morawski-Berlin, Fürst Radziwill-Antonien, Direktor v. Grabski-Gnesen, Rechtsanwalt v. Laszewski-Graudenz, Rentier v. Czarlinski-Thorn, Redakteur Dombeck-Beuthen.

Die polnischen „Demokraten“ sind nicht gleichzustellen den sonst unter dieser Parteibezeichnung gehenden Politikern. Darauf deutet schon hin, daß die gesamte polnische Fraktion beschlossen haben soll, sich an der Präsidentenwahl nicht zu beteiligen. Vielleicht zeigt sich auch bald, daß die Polen sonst noch den Anschluß an den schwarzblauen Block nicht verloren haben.

Die geheime Wahl in den Städten und Dörfern ist eine Forderung ehrlicher Demokratie, aber sie ist neuerdings auch der Herzenswunsch aller derer, welche vor der vorrückenden Arbeiterschaft Angst haben und sich einbilden, daß sie bei geheimer Wahl mehr Stimmen fangen könnten. Nicht im Dienste der Demokratie, wohl aber im Dienste der erwähnten kläglichen Demagogen, hat die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst, jedenfalls aber noch im Laufe dieser Session, Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche für die Stadtverordnetenwahlen und die Wahlen der Gemeindeverordneten der Landgemeinden in Preußen allgemein die geheime Wahl eingeführt wird.

Als Gegenantrag zu diesem nur von dem Bestreben um das verlorene Zentrumsrenommee diktierten Vorgehen stelle die Sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses die Forderung, für die Stadtverordnetenwahlen und Landvertreterwahlen das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle großjährigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts einzuführen.

Kleine politische Nachrichten.

Der englische Kriegsminister in Berlin. Die führenden Blätter der bürgerlichen Parteien beschäftigten sich in diesen Tagen viel mit dem Besuch des englischen Kriegsministers Lord Haldane in Berlin, der auch vom Kaiser zur Frühstückstafel geladen war. Der parlamentarische Mitarbeiter des Londoner Standard will wissen, daß die Reise Lord Haldanes in Verbindung mit gewissen Verhandlungen über einen großen Territorialerwerb Deutschlands in Zentralafrika stehe. Nach anderen Meldungen soll die Reise Haldanes den Zweck haben, bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England herzustellen.

Die keuschen Eisenbahner. In führenden Kreisen der nationalen Eisenbahnbediensteten-Verbände ist, wie die Post mitteilt, geplant, zur bevorstehenden Beratung des Eisenbahnhaushalts im Landtage eine Eingabe an den Eisenbahnminister und das Abgeordnetenhaus zu richten, des Inhalts, den Verkauf des Berliner Tageblatts auf den Staatsbahnhöfen zu verbieten.

Der Reichsverbands-General wird „fliegen“. Die Begründung des Protestes gegen die Wahl des Herrn v. Liebert weist 37 Fälle auf, nach denen Unregelmäßigkeiten, direkte Beeinflussungen von Wählern usw. bei der Wahl vorgekommen sind. Allein 24 Fälle sind angeführt, wonach Personen in die Wählerliste eingetragen waren und gewählt haben, die zu Unrecht in den Listen geführt worden sind. Da Herr v. Liebert nur mit 23 Stimmen Majorität gewählt worden ist, so genügen allein diese Fälle, um die Majorität Lieberts zu erschüttern.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Zum kommenden Gaseinheitspreis schreibt man uns aus bürgerlichen Kreisen:

Bei der Beratung über Festsetzung eines Einheitssatzes für Koch- und Leuchtgas in der Stadtverordneten-Versammlung vom 30. v. Mts. machte Herr Stadtrat Runge darauf aufmerksam, daß das Automatengas von der Neuerung nicht berührt würde, sondern daß der „kleine Mann“ weiter für 10 Pfg 575 Liter Gas bekommt.

Am Schluß der Sitzung bemerkte er, daß der Preis für Automatengas bei richtiger Ansetzung für die gratis zu liefernden Apparate, Lampen usw. (Unter usw. sind wohl die Rohrleitungen zu verstehen?) schon heute weniger als 14,5 Pfg. pro Kubikmeter (1000 Liter) betrage.

Die ganze Verhandlung machte den Eindruck, als ob die Konsumenten von Automatengas froh sein müßten, wenn der Preis nicht noch erhöht würde.

Wie bekannt sein dürfte, soll der Preis für Leucht- und Kochgas, welcher heut 17 bezw. 13 Pfg. beträgt, einheitlich auf 14,5 Pfennig festgesetzt werden, womit sich jedoch die Mehrzahl der Redner in der Versammlung im Interesse des kleinen Mannes, wie sie sagten, nicht einverstanden erklärten.

Nach den Angaben des Stadtverordneten Ernst sind von den 17 000 Gaskonsumenten Danzigs 4000 Abnehmer von Automatengas, welche nach wie vor für 575 Liter Gas 10 Pfg. oder für einen Kubikmeter (1000 Liter) 17,39 Pfg. zahlen sollen. Daß die 4000 Abnehmer von Automatengas nicht zu den kleinen Leuten gehören, wird wohl niemand behaupten wollen. Trotzdem erhob sich keine Stimme, auch diese städtischen Bürger bei der Verbilligung des Gases zu berücksichtigen.

Zu der Behauptung des Herrn Runge, daß bei richtiger Ansetzung usw. der Preis des Automatengases billiger als 14,5 Pfg. ist, möchte ich folgendes bemerken:

Der wirkliche Preis beträgt, wie oben angeführt, 17,39 Pfg. In diesem Preis sind enthalten:

1. kostenlose Lieferung der Rohrleitung,
2. kostenlose Lieferung eines Gaskochers und
3. kostenlose Lieferung von Beleuchtungskörpern bis zusammen höchstens 5 Flammen. Diese Gegenstände bleiben jedoch Eigentum der städt. Gaswerke.

Stellt man nun den Gaskocher mit 7,00 Mk. und die Beleuchtungskörper mit 15,00 Mk. in Rechnung, so hat der Verbraucher 22,00 Mk. zu verzinsen, was mit 7 Prozent eine jährliche Ausgabe von 1,54 Mk. betragen würde. Die Verzinsung der Rohrleitung kann billigerweise dem Verbraucher nicht zugemutet werden, da nur der Hausbesitzer einen pekuniären Vorteil davon hat.

Wenn nun ein Konsument im Jahre 120 Kubikmeter Gas verbraucht, was sehr niedrig veranschlagt ist, so wird er nach dem neuen Einheitspreis 120 : 2,89 Pfennig = 3,47 Mark mehr zahlen, wie der Verbraucher von Zählergas, also 1,93 Mark zuviel an Zinsen und Amortisation.

Es wäre also eine Herabsetzung des Preises für Automatengas nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, bei welcher die Herren Stadtverordneten ihre Volksfreundlichkeit beweisen könnten.

Der Unentgeltlichkeit des Fortbildungsschul-Unterrichts wollte der Magistrat zu Leibe gehen. Deshalb legte er dem Kaufmanns- und auch dem Gewerbegericht die Frage vor, ob es sich empfehle, von den Unternehmern Beiträge und in welcher Höhe zu erheben. Nachdem sich das Kaufmannsgericht schon einstimmig für die Beibehaltung der Unentgeltlichkeit ausgesprochen, nahmen die Arbeiter- und Unternehmerbeisitzer des Gewerbegerichts am 7. Februar in gemeinsamer Sitzung unter

Leitung des Assessors Hoffmann im Rathause zu der Frage Stellung. Als erster Redner gab Genosse Stiemer mit Recht der Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Magistrat hier, wo er eine Deckung gegen die Unternehmer brauche, die Beisitzer fand. Als es sich aber um die wichtigere Frage des Lehrplanes handelte, habe er die sachverständigen Beisitzer nicht gefunden. Die Kommune stehe finanziell, nach dem eigenen Urteil des Oberbürgermeisters, nicht so schlecht, um die Unentgeltlichkeit beseitigen zu müssen. Sie konnte für 35 000 Mark noch unlängst beschließen, einen Tennispalast zu bauen und dafür jährlich 5000 Mark zu übernehmen. Für die hohen städtischen Schulen zahle die Stadt fast 500 000 Mark jährlichen Zuschuß und dazu noch 10 000 Mark für die privaten höheren Mädchenschulen. Für die Kinder der Wohlhabenden und Reichen fehle das Geld nie. Prinzipiell stehe er auf dem Standpunkt, daß die Schule gleich und unentgeltlich sein und auch freie Lernmittel gewähren müsse. Wenn die beabsichtigten Gebühren auch formell den Unternehmern auferlegt würden, so würden diese doch schon Mittel und Wege finden, um sie auf die Lehrlinge und deren Eltern abzuwälzen.

Die Unternehmer Kasemann und Steinbrück schlossen sich dem Vorredner an. Nur glaubte St. die Schulliebesgaben an die Reichen mit dem durchaus falschen Einwande, daß diese höhere Steuern zahlen, rechtfertigen zu können. Der Unternehmer Gutzki stellte schon in Aussicht, daß die Innungen bei Durchführung des Magistratsplanes die Zuschüsse zum Fachunterricht verweigern würden.

Ein **Zentrumschrist** stand der Frage rat- und hilflos gegenüber. Er erklärte, **daß es den christlichen Gewerkschaftlern ganz gleich sei, wer die Kosten trage.** (!) Aus Humanität (!) seien sie aber dagegen, daß damit die Kapitalisten belastet würden. Ein Hirsch-Dunckerscher betonte, daß die Unternehmer den größten Nutzen von der Fortbildungsschule hätten. Ebenso einstimmig wie in der Aussprache, wurde die Aufhebung der Unentgeltlichkeit auch in der Abstimmung abgelehnt.

Für den Ausschuß zur Leitung des städtischen Arbeitsnachweises wurden für die endgültige Wahl durch die stadtischen Körperschaften als Arbeitervertreter vorgeschlagen: die freien Gewerkschaftler Klingbeil und Papenfoth, der Hirsch-Dunckersche Werner und der christliche Krüger.

Lügnerischer Zechertrost. Die hauptsächlich durch den sozialdemokratischen Schnapsboykott geförderte Enthaltung von alkoholischen Getränken hat gewisse Menschenfreunde, deren Gewissenhaftigkeit und Profitsucht auf gleicher Stufe steht, veranlaßt, die Schnapsgroschen den Junkern auf mancherlei Art zu sichern. Es ist nicht neu, daß „wissenschaftliche" Beweise dazu herhalten mußten, die Nützlichkeit berauschender Getränke zu beweisen. Jedoch konnte immer leicht nachgewiesen werden, daß die behauptete Wissenschaftlichkeit dreiste Fälschung oder plumper Schwindel war. Der Alkohol, der in allen berauschenden Getränken das wirksame Mittel ist, verdient eben nichts von all dem Lobe, das die Gedankenlosigkeit oder Reklamebedürfnis der Interessenten über ihn häuft. Die Abnahme geistiger Erkrankungen als Folge unseres Fuselboykotts spricht allein schon Bände für die über die Seligkeiten des Alkohols verbreiteten Irrtümer und faustdicken Unwahrheiten. Aber das Alkoholkapital ist trotzdem dankbar für jeden noch so volksbetrügerischen Humbug, durch den sein Profit gefördert wird. Deshalb hat sich das hiesige Annoncenbureau von Waldemar Meklenburg, Inhaberin Witwe Valeska Meklenburg, geb. Meyer, Jopengasse Nr. 5, in seiner „Menschenfreundlichkeit" wieder einmal in der wissenschaftlichen Ehrenrettung des Alkohols gemacht. Durch ein Plakat mit der prangend roten Ueberschrift **Trost für Zecher** „beweist" sie, daß nichts mehr ein langes Leben fördert, als der Suff. Diejenigen, die so vernünftig sind, überhaupt keine alkoholischen Getränke zu verbrauchen, werden höhnisch als Wassersimpel bezeichnet. Sonst wird mit Berufung auf den englischen Arzt Dr. Isambard Owen behauptet, daß die Trinker länger leben als die Nichttrinker. **Diese Behauptung ist eine dreiste Fälschung.** Der genannte Arzt zog eine solche Schlußfolgerung aus seiner bereits im Jahre 1888 aufgestellten Statistik niemals. Er hat sie vielmehr später öffentlich als Schwindel bezeichnet. Am Schlusse der Statistik — und das kennzeichnet besonders die Dreistigkeit der Plakatfälscher — sagte er:

„Totale Abstinenz (Enthaltsamkeit) und strenge Mäßigkeit erhöhen beträchtlich die Aussicht auf Tod infolge von Altersschwäche oder natürlichem Zerfall ohne besondere Krankheitserscheinung."

Deutlicher läßt sich nicht ausführen, daß es keinen gefährlicheren Feind des Menschen und besonders des Arbeiters gibt, als den Alkohol. Die Firma Meklenburg ließ trotzdem das Plakat herstellen und machte durch seinen Vertrieb glänzende Geschäfte. Der darin zum Ausdruck gebrachte verlogene Anreiz zum Suff hat schon mehrere Polizeibehörden z. B. Halberstadt, Münster usw. veranlaßt, den Aushang des Plakats in den Lokalen zu verbieten. Auch der preußische Eisenbahnminister warf das Sudelblatt aus den Wartesälen hinaus. Er sagt in seiner Verfügung u. a. sehr richtig: das Plakat enthält unwahre Angaben, die geeignet sind, das Publikum irre zu führen; es setzt sich in Widerspruch zu den Bestrebungen gegen den Alkoholmißbrauch." Zu unserem besonderen Bedauern findet das Schwindelplakat sich sogar noch in Lokalen, in denen organisierte Arbeiter verkehren. Die denkende Arbeiterschaft sollte in nachdrücklichster Weise gegen diesen Unfug Stellung nehmen. Jeder Proletarier, der sich dem Kampf gegen den Alkohol und seinen Gefahren anschließen will, tut das am besten, durch Eintritt in den Arbeiter-Abstinentenbund. Anmeldungen nimmt der Genosse M. Matskies, Hohe Seigen 23, jederzeit entgegen.

Es ändern sich die Zeiten. Das trifft auch bei der Firma Schichau zu. Im vorigen Jahre wünschten die Arbeiter, daß der Lohn am Freitag gezahlt wird, damit die Hausfrauen am Sonnabend ihre Einkäufe auf dem Markt besorgen könnten. Das war nach Ansicht der Firma Schichau undurchführbar. Nach wie vor erhalten die Arbeiter den Verdienst am Sonnabend ausgezahlt. In langer Reihe treten sie an, um ihr Geld zu erhalten. Seit längerer Zeit ist nun beobachtet worden, daß einige Arbeiter sich nicht mehr zum Lohnempfang ihren Kollegen anreihen, sondern nach Arbeitsschluß sofort die Werft verlassen. Sie erhalten den Lohn schon in der Arbeitszeit, während alle andern erst nach Arbeitsschluß gelohnt werden. Wahrscheinlich will die Firma die neue Art der Lohnzahlung erst ausprobieren, um sie bei guten Erfahrungen allgemein einzuführen. Ein Beginnen, welches sehr verständig ist. Da die neue Methode indessen nur an zwei Günstlingen der Firma ausprobiert wird, so würde die Gesamtarbeiterschaft es anerkennend begrüßen, wenn die Direktion die Probe ausdehnen wollte.

Die Danziger Bauarbeiterbewegung im Jahre 1911. Am 6. Februar hielt der Deutsche Bauarbeiterverband seine erste Generalversammlung ab. Nach dem Abschluß des 4. Quartals hatte die Organisation eine Mitgliederzunahme von 160.

Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Er hob hervor, daß trotz des Widerstandes, den die Kollegen gegen die Verschmelzung zeigten, der Zweigverein einen guten Aufschwung verzeichnet. Zur größeren Lohnbewegung ist es nicht gekommen, weil das ganze Zweigvereinsgebiet im Tarifverhältnis steht. Der tarifliche Stundenlohn wurde, abgesehen von kleineren Differenzen, an denen 212 Kollegen beteiligt waren, von den Unternehmern gezahlt. Das Hauptaugenmerk konnte daher auf den Ausbau der Organisation gerichtet werden. Die Kollegen sind in dieser Beziehung recht tätig gewesen.

In den Deutschen Bauarbeiterverband wurden überschrieben 1599 Mitglieder. Neueingetreten 1023, aus andern Verbänden 97, zugereist 110 Kollegen, ergibt eine Mitgliederzahl von 2829. Im Laufe des Jahres reisten 178 Kollegen ab, ausgetreten [illegible] 98, ausgeschlossen 1, in andere Verbände übergetreten 56, gestorben 16, zum Militär eingezogen 41, wegen rückständiger Beiträge mußten 339 Kollegen gestrichen werden. Diesem Uebel muß im neuen Jahre unter allen Umständen gesteuert werden. Die schriftliche Korrespondenz war sehr rege. Es gingen ein und aus 6325 Briefe und Karten außer Versammlungszetteln und sonstigen Flugschriften.

Die finanzielle Lage war durchaus gut. Die Hauptkasse hatte eine Jahreseinnahme von 44 911,88 Mark, dem gegenüber steht eine Ausgabe von 14 940,37 Mark. An die Hauptkasse sind 29 971,51 Mark gesandt. Die Lokalkasse wies eine Jahreseinahme von 19 024,74 Mark auf, die Ausgabe beträgt 13 142,09 Mark. Der Kassenbestand beträgt 5882,65 Mark. Das ist gewiß ein befriedigendes Resultat. Im neuen Jahr muß es unsere Aufgabe sein, für eine weitere Gruppe des Bauarbeiterverbandes, den Stukkateuren, Versäumtes nachzuholen. Wir begrüßen die Kollegen der Stukkateurbranche und wünschen, daß es uns durch gemeinsames Wirken in der großen Einheitsorganisation vergönnt sein möge, auch den letzten Kollegen im Baugewerbe für die Organisation zu gewinnen.

Zum Schluß sein allen Mitgliedern, die an dem Ausbau der Zahlstelle mitgearbeitet haben, der herzlichste Dank ausgesprochen. Hoffen wir, daß wie bisher alle einmütig im Dienste unserer großen Sache zusammenstehen.

Die betrübten Lohgerber um den aus allen Himmeln gestürzten Möchtegernabgeordneten Dentler und seine Mittelstands-Vereinigung beklagten am 9. Februar, beinahe 20 Mann stark, ihr Reichstagswahlelend. Man jammerte, daß selbst die Mehrheit der Mittelstandsleute die Abstimmung für den sogenannten Mittelstand kandidaten der Schwarzblauen abgelehnt habe. Es kam auch wieder die eigentümliche Art zur Sprache, in der Dentler als Kandidat der Mittelstandsvereinigung „proklamiert" wurde, ohne daß deren wenige Mitglieder je einen solchen Beschluß faßten. Der vorwiegend konservative Vorstand, in dem der Direktor Brunzen von der Allgemeinen Zeitung die erste Rolle spielt, hat einfach die Kandidatur beschlossen. Und Brunzen erklärte auch in dieser Besprechung, daß die Mitglieder sich einem solchen Vorstandsbeschluß selbstverständlich fügen müßten.

Im übrigen machte man sich Vorwürfe, wer am meisten gegen die schwarzblaue Mache gesündigt habe. Dem liberalen Kaufmann Warkentin wurde vorgeworfen, daß er gegen die Kandidatur Dentler agitiert habe. Deshalb hatte ihn der Vorstand aufgefordert, auszutreten. Der Herr rächte sich dadurch, daß er behauptete, ein Mitglied der Mittelstandsvereinigung habe in der Stichwahl nicht nur seine Stimme der Sozialdemokratie gegeben, sondern auch für sie agitiert. Er weigerte sich aber, den Namen des gräßlichen Schwerverbrechers zu nennen. Der Kaufmann Steinbrück bezeichnete das Vorgehen gegen Warkentin — wenigstens nach der Danziger Zeitung — als „Terrorismus, wie ihn nur die Sozialdemokratie übe." Darauf quittierte ihm Brunzen mit: Unverschämtheit! Das liebliche Idyll endete damit, daß Warkentin freiwillig den Austritt erklärte.

Wie die Enttäuschten um Dentler sich nach ihrer blamablen Erledigung durch die Wähler zu trösten suchen, ist nicht unsere Sache. Wir möchten nur von der Behauptung des Herrn Steinbrück Notiz nehmen, daß der Terrorismus, der nach ihm gegen Warkentin geübt wurde, in der Sozialdemokratie üblich ist. Wir wollen wegen dieser Aeußerung mit ihm nicht zu schroff rechten. Als liberaler Mann wird er sich mit Recht darauf berufen können, daß er das Opfer der politischen Erziehung seitens der Danziger Zeitung ist, die die Terrorismuslüge skrupellos als Hauptstück ihres geistigen Kampfes gegen die größte Partei Deutschlands verwendet. Trotzdem haben aber auch die Leser der Danziger Zeitung nicht das Recht, sich der Mittel politischer Verleumder gegen die Sozialdemokratie zu bedienen. Deshalb fordern wir Herrn Steinbrück, ebenso wie seinerzeit das freisinnige Wahlkomitee, auf: die Beschuldigung von dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu beweisen oder sie als ehrlicher Mann zurück zu nehmen!

Lehrlings„ausbildung". Jedes Jahr, sobald die Kinder die Schule verlassen, versuchen die Innungsvorstände durch Inserate dem Bäckergewerbe Lehrlinge zuzuführen. An prahlerischen Lobpreisungen dieses Berufes fehlt es dann keineswegs, obwohl die Wirklichkeit wesentlich anders als die Versicherungen der Bäckermeister ist.

Bei dem Bäckermeister Schober trat am 1. Januar 1911 der Lehrling D. ein. Als Entschädigung sollte der junge Mann nach schriftlicher Vereinbarung im ersten Jahre 6, im zweiten 8 und während des dritten Jahres 10 Mark pro Monat erhalten. Der Lehrling hatte bei dem Meister Schober 70 Mark Lohn stehen. Am 3. Februar d. Js bat der junge Mann um das Geld, da er es nötig brauche. Der Meister antwortete auf die Bitte mit einer Tracht Prügel. Damit er bei dieser Prozedur von niemanden gestört wurde, war er dem Lehrling auf den Mehlboden nachgegangen. Einige Zeit nach dem Vorgang erschien der Mißhandelte in dem Bureau des Bäcker- und Konditorenverbandes. Mund und Nase waren dick geschwollen und wiesen Blutspuren auf. An der rechten Backe fehlte ein Stück Haut. Ganz verweint und verzagt erzählte der Knabe, daß Schober ihn oft schlage, obwohl er bis zu 14 Stunden täglich arbeiten müsse. Nach der letzten Mißhandlung habe der Meister gerufen: „Du Hund, ich schlage Dir die Knochen kaputt! Ich schlage Dich zum Krüppel!" Am Freitag und Sonnabend müsse er bis nachmittags um 3 Uhr arbeiten und um 7 Uhr wieder zur Arbeit aufstehen, sodaß er nur vier Stunden schlafen könne. Am 11. November habe Schober ihn beim Semmelstreichen mit dem Kopf gegen die Mauer gestoßen und furchtbar geschlagen. Das Blut sei ihm aus Mund und Nase geflossen und lange Zeit nach diesem Tage habe er Kopfschmerzen gehabt. Holzhauen müsse er nach der Arbeitszeit. — Soweit der Bericht dieses jungen Menschen. Wir erwarten, daß der Gewerbeinspektor der Angelegenheit nachgeht und die Frage, ob Bäckermeister Schober überhaupt zur Ausbildung von Lehrlingen fähig ist, einer gründlichen Prüfung unterzieht.

Vor dem Jugendgerichtshof.

Ein Gespräch zwischen einem Gerichtsherrn und einem Fürsorgezögling.

„Warum bist Du in der Anstalt?"
„Weil ich zehn Mark wechseln sollte und es nicht tat!"
„Hast Du das Geld vernascht?"
„Nein, ich hab' es fortgegeben!"
„Wohl Deinen Kameraden verteilt?"
„Ich gab es meinem Vater!"
„Hatte denn der nicht Arbeit!"
„Nein, ich mußte betteln geh'n!"
„Gefällt Dir das in der Anstalt?"
„Zuhause ist besser!"
„Na, führ' Dich recht brav; es sind ja nur noch acht Jahre!" — Nur noch acht Jahre! . .

Weinhausens Mandatsniederlegung behaupteten einige freisinnsfeindliche Blätter. Es hieß, er sollte seinen Platz dem zum wohlverdienten Lohn für seine Arbeiterfeindlichkeit durchgefallenen Dr. Mugdan einräumen. Darob trat der unlängst noch so siegestrunkenen Danziger Zeitung der Angstschweiß auf die Stirne. Nicht einen Augenblick dachte sie daran, dem gefallenen Freisinnsbruder den warmen Sitz auf dem „liberalen Bollwerk" zu gewähren. Kein Wort findet sie, um an die sonst hochgelobten Verdienste des ärztlichen Reaktionärs auch nur zu erinnern, sondern wendet sich empört gegen die Bösen, die dem armen Freisinn noch eine zweite Reichstagswahl zumuten möchten. Der Ausgang wäre doch . . . Na, wir fühlen diesen Schmerz des Börsenblattes voll und ganz nach. Also Mugdan darf sich nicht nach Danzig retten.

Schnödes Unrecht taten wir den Arbeiter-Stadtverordneten der Kommerzienräte in unserer letzten Nummer. Wir schrieben, daß Königsmann und Genossen den Antrag gestellt hätten, daß die städtische Einkommensteuer von allen Einkommen unter 660 Mark nicht erhoben werden soll.

Wir müssen heute reumütig bekennen, daß wir damit die Unwahrheit behauptet haben. So große Revolutionäre sind diese Leute nicht. Sie haben nicht die Steuerfreiheit bis 660, sondern, so wie sich das für ihre gottgewollte Bescheidenheit zieht, bis 600 Mk. gefordert. Doch selbst dieser Antrag wurde von dem kommunalen Block der wirklich praktischen Arbeiterfreunde wegwerfend abgelehnt.

Aufreißertum. Schon in seinen letzten Wahlreden versicherte Weinhausen, der mit Ach und Krach erkorene Abgeordnete der Kommerzienräte und Börsenlöwen, daß er sich im Reichstage als Vertreter auch der Wähler fühlen würde, die gegen ihn stimmten. Diese Anbiederung an die Schwarzblauen war für den noch nicht einmal nationalliberalen Börsenfreisinn Danzigs so wenig auffällig, daß man sich dabei gar nichts besonderes dachte. Die erste Reichstagssitzung hat den neuen Abgeordneten jedoch so überwältigt, daß er seiner Danziger Zeitung am 7. Februar versicherte, daß er allen gegnerischen Wählern, ohne Ansehen der Partei, dienen wolle. Dieses Gelöbnis kann nicht mehr oder wenigstens nicht ausschließlich als Stichwahltrick gelten. Seinem Wortlaut nach gilt es schon jetzt. Alle gegnerischen Wähler schließt er jetzt in sein weites, ach nur zu weites Herz. Vor dem Abschluß der Wahl beschimpfte derselbe Weinhausen und sein Organ die Sozialdemokratie, gleich dem letzten Reichsverbändler, deren Unterstützung er sich sehr gerne gefallen ließ, als die Partei des politischen Verbrechertums! Die Danziger Zeitung nannte unseren Kandidaten den Vertreter gemeinen Landesverrats. Und der frühere Geistliche Weinhausen denunzierte uns, ebenso wie schon früher sein Wahlkomitee, des rücksichtslosesten Terrorismus. Allerdings hat der Mann, der ein feines Ehrgefühl in Anspruch nimmt, für diese Beschuldigung nicht die Spur eines Beweises erbracht.

Als Vertreter selbst der Reichsverbändler mag ein Mann, der so kämpft, sich wohl fühlen. Die sozialdemokratischen Wähler Danzigs danken jedoch dringend für die Ehre, von einem Manne, der selbst das Mittel der politischen Verleumdung nicht verschmäht, vertreten zu werden.

2000 Besucher wiesen die vom Arbeiter-Bildungsausschuß im großen Saale des Cafe Weinberg veranstalteten Lichtbildervorträge des Schriftstellers Meentzen-Dresden auf. Der Kindervortrag war von etwa mehr als fünfhundert unserer Kleinen besucht. Viele von ihnen hatten Herrn Meentzen im Vorjahre gehört und bestürmten ihn mit der Frage: Wird es wieder so schön wie im vorigen Jahre? Und es wurde wieder schön. Herr Meentzen versteht es, mit dem ernsten Lehrstoff den Humor zu verbinden und so den Kindern nützliches und zugleich fröhliches zu bieten. Die drei weiteren Vorträge für Erwachsene: Auf der Balkanhalbinsel (Skizzen über Land und Leute, Handel, Sitte und Brauch), Indien, die alte Wunderwelt (alte und neue Kultur, Völker und Rassen) und: Die Morgenröte des Menschengeschlechts, eine Darstellung der Urgeschichte des Menschen, fand ebenfalls aufmerksame Zuhörer. Die Vorträge waren klar und deutlich, sie wurden von 350 farbigen Lichtbildern unterstützt und brachten dem Vortragenden wohlverdienten Dank ein.

Wissenschaftliche Vorträge sind für die Arbeiterschaft ein Bedürfnis geworden und diesem Bedürfnis Genüge zu leisten wird das Bestreben des Arbeiter-Bildungsausschusses sein.

Dumme Kampfesweise. Die Niederlage, die die Schwarzen in Köln, dem „deutschen Rom", erlitten, brennt wie Scheidewasser! Das zeigte das Westpreußische Volksblatt schon in mancher Betrachtung. Am 9. Februar widmet es der Kölner Abstrafung der schwarzen Volksbetrüger wieder einen besonderen Artikel. So „geistreich" wie es die Grütze, die ein Zentrumsredakteur im Kopf hat, es erlaubt, wird darin geschildert, daß sich der neue Reichstagsabgeordnete für Köln, Genosse Hofrichter, auf einer Kaisersgeburtstagsfeier unanständig benommen habe.

Das pfäffische Blatt behauptet, dieses Geschreibsel dem „Zentrum", Organ des Verbandes der Windthorstbunde, nachgedruckt zu haben. Ob es sich ausnahmsweise einmal schämte, eine unwahre Verunglimpfung eines Gegners verantworten zu sollen, wissen und glauben wir nicht. Selbstverständlich hat Genosse Hofrichter nicht die albernen Dummheiten begangen, welche die Schwarzen über ihn zusammenschwindelten. Der Originalartikel trat übrigens offen als schwarzer Karnevalsulk auf. Das sagt das Westpreußische Volksblatt seinen Gläubigen natürlich nicht.

Bei Schichau ist am 3. Februar der Schlosser Waldemar Bohl infolge Glätte im Panzerturm der Oldenburg 6 Meter tief abgestürzt. Der Verunglückte wurde von seinen Kollegen ohnmächtig aufgefunden. Da er „nur" eine unerhebliche Armverletzung davontrug, lief das Unglück in diesem Falle noch verhältnismäßig glimpflich ab.

Die städtische Markthalle wird auf Grund der Polizeiverordnung vom 1. Februar 1912 von jetzt ab [illegible], also auch Sonnabends um 8 Uhr für den gesamten Marktverkehr geschlossen.

Ein Bein abgefahren wurde dem Rangiermeister Kamrau durch einen Eisenbahnzug. Er starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Wirtschaftliches.

Im Proletarierhaushalt.

Das Verbandsorgan der Maler erhält von der Frau eines Kollegen aus Essen (Rheinland) eine Haushaltsrechnung für 1911 zugesandt. Es handelt sich um einen Proletarier, der, wie ersichtlich, einer von den höchstentlohnten seiner Branche ist und der zudem von dem Fluch der Arbeitslosigkeit verschont blieb und das ganze Jahr arbeiten konnte. Wie das zahllosen andern Arbeitern geht, die nicht so hohen Lohn haben, und zudem ein Vierteljahr auf der Straße liegen, kann jeder selber beurteilen, der die Ziffern dieses Arbeiterbudgets prüft:

Einkommen:

Arbeitslohn	1628,30 Mk.
Nebenverdienst	51,— „
Für Bautenkontrolle	23,— „
Prozente als Bezirkskassierer	64,— „
Konsumrabatt	43,— „
Summa:	1807,30 Mk.

Ausgaben:

Haushalt	1406,61 Mk.
Miete	213,60 „
Steuern	41,76 „
Lebensversicherung	24,— „
Taschengeld des Mannes	109,08 „
Summa:	1795,05 Mk.

Kassenbestand: 12.25 Mark.

Die Ausgabe für den Haushalt detaillierte sich wie folgt:

Holz und Kohlen	42,60	Fleisch, Wurst, Speck	167,05
Petroleum	12,	Schwarz- u. Weißbrot	104,—
Schuhe	20,50	Milch	156,—
Körperpflege	6,76	Butter und Schmalz	101,10
Wochenbett	20,—	Kartoffeln	24,—
Alltagskleidung (Näh-, Flick- und Stricksachen)	40,98	Zigarren und Tabak	37,08
		Zucker	45,—
		Reis	12,48
Bessere Kleidung	26,—	Kaffee	23,07
Getränke (Bier)	30,80	Käse	18,05
Vergnügen (Theat.)	6,		Sa. 687,83
Kleine Geschenke	15		
Kleine Gerätschaften (Geschirr u. Reparaturen aller Art)	43,53	Für Fische, Eier, Hülsenfrüchte, Gewürze, Tee, Kakao, Schokolade, Mehl, Gemüse, Obst, Salz, Gries, Haferflocken, Kinderzwieback, Medizin, Seife, Soda, Bürsten, Besen, Aufnehmer, Streichhölzer u. sonstige Kleinigkeiten,	Sa.: 374,08.
Zeitungen u. Literat.	22,80		
Freie Hilfskasse	11,60		
Parteibeitrag	6,		
Verbandsbeitrag	28,70		
Korrespondenz	8,43		

Zu diesen Angaben bemerkt die Frau wörtlich.

„Erfreulicherweise haben sich schon mehrere Mitglieder mit Jahresabrechnungen befaßt. Und das ist sehr interessant, wenngleich überall auch dasselbe Bild knappes Auskommen mit mehr oder weniger Einschränkung herauskommt.

Meine Familie besteht aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von acht Monaten bis zu vier Jahren. Drei Kinderchen sind heute in einer Arbeiterfamilie schier ein Luxus. Wir hatten dieses Jahr nicht mit Krankheit und Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Ein kleiner Mehrverdienst wird dreifach durch die Teuerung aufgewogen. So ergab die Abrechnung, obwohl an Quantität und Qualität nichts mehr verbraucht wurde, eine Mehrausgabe für Zigarren und Tabak von 7,— Mark, für Zucker 10,57 Mark, für Kaffee 2,50 Mark, ganz abgesehen von der betreffenden Verteuerung aller Lebensmittel, Gemüse usw. Der Fleischverbrauch weist trotz äußerster Einschränkung ebenfalls eine bedeutende Mehrausgabe auf. Und da erzählte neulich ein hiesiges Zentrums-Flugblatt der staunenden Mitwelt, daß auf jeden Deutschen pro Kopf 46 Kilo Fleischverbrauch kommt. Das ergäbe für uns eine Geldausgabe von 414.19 Mark für 230 Kilo Fleisch. Um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen und ohne Schulden zu machen, alles bar zu bezahlen, durften wir nur 167,05 Mark in Fleisch anlegen, das ergibt aber pro Kopf, das Pfund zu 90 Pfennig gerechnet, nur 18.5 Kilo. Wenn ich doch den Kerl erwischte, der uns die fehlenden 157,5 Kilo weggefressen. Wo die „Deutschen" zu suchen sind, die ihre vollen 46 Kilo und die 157 Kilo und mehr jedes einzelnen Armen verzehrt haben, verschweigt das Blatt. Aber ich glaube, wenn man in Marienbad und anderen Entfettungskurorten eine Razzia abhalten würde nach diesen Deutschen, daß das Ergebnis recht „dickleibig" ausfallen würde. So groß obiger Unterschied auch ist, so muß man bedenken, daß es Tausende gibt, denen Fleisch überhaupt etwas Unerschwingliches ist. Tausende von Armen, die gar nicht wissen, daß das Fleisch teuer ist, weil sie sich schon jahrelang keins mehr kaufen konnten. Die „Deutschen" im Asyl für Obdachlose in Berlin scheinen auch nicht zu den ihnen zustehenden 46 Kilo Fleisch gekommen zu sein. Und da reden Leute von der gefüllten Kompottschüssel der Arbeiter, Leute, die sich eben ihr Budget erhöhen lassen, wenn Schmalhans Küchenmeister zu werden droht. Diese Leute haben gar keine Ahnung, wie ermüdend und nervenzerrüttend die stete Sorge, das fortwährende Rechnen mit dem Groschen wirkt, wie manche arme Hausfrau und Mutter vieler Kinder nimmer froh wird ob der Tag für Tag wiederkehrenden Sorge. Das Gefühl, sich etwas kaufen zu dürfen, ohne nach dem Preise fragen zu müssen, ist für Millionen von Menschen ein unbekannter Begriff. Und da verübelt man es seitens der oberen Zehntausend und sonstigen Geldprotzen den Arbeitern, wenn sie sich organisieren, um sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen."

Diese schlichten Worte einer aufgeklärten Arbeiterfrau sind eine [illegible] Anklage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Die im Ueberfluß schwelgt, während sie den Armen [illegible]

Soziales.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1910.

[illegible]

Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit nahezu 7,8 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 701814 Mark. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 16729261 Mk. Die gesamte Einnahme aus Beiträgen stellt sich hiernach auf 197353980 Mk. Bei der Abrechnung für das Jahr 1910 wurden 138667 Renten als im Jahre 1910 zugegangen behandelt, nämlich 111755 Invalidenrenten, 12287 Krankenrenten und 11625 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 176,93 Mk., 175,74 Mk. und 164,31 Mk. An Beitragserstattungen wurden 1910 festgesetzt 147291 in Heiratsfällen, 494 bei Unfällen und 34923 in Todesfällen. Der durchschnittliche Betrag einer Erstattung stellt sich auf 40,27 Mk. bezw. 98,62 und 100,30 Mk. Zu Lasten der 41 Versicherungsträger wurden an reichsgesetzlichen Entschädigungen 120879150 Mk. — 111449217 Mk. an Renten und 9429932 Mark an Beitragserstattungen — gezahlt. Der Zuschuß des Reiches betrug 52538251 Mk. Für das Heilverfahren wurden, einschließlich der Ausgaben für Unterstützungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Personen in Höhe von 2039218 Mark, insgesamt 21102166 Mark verausgabt. In dieser Summe sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse im Gesamtbetrage von 5833251 Mk. nicht enthalten. Auf Grund des § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes wurden noch 1535217 Mk. gezahlt. Die Aufwendungen für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 1216405 Mk. Durch Einbehaltung von Renten der Pfleglinge gelangten davon 367676 Mk. zur Rückzahlung, und durch Zuschüsse von anderer Seite wurden 77946 Mk. ersetzt, so daß den Versicherungsträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reinausgabe von 770782 Mk. erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 21367298 Mk. verausgabt, das sind 108 Mk. von 1000 Mk. der Einnahmen aus Beiträgen und 128 Mk. von 1000 Mk. der gesamten Ausgaben. Von 1000 Mk. der überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Ausgaben entfielen auf die allgemeine Verwaltung 603 Mk., auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 128 Mk., auf die Kosten der Kontrolle 98 Mk. und auf sonstige Kosten 171 Mk.

Die Einnahmen sämtlicher Versicherungsträger im Berichtsjahre betrugen 254454430 Mk., ihre Ausgaben 166407070 Mk., der Vermögenszuwachs mithin 88047360 Mk.

Am Schlusse des Jahres 1910 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1662158740 Mk., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 6666869 Mk. tritt. Von 1000 Mk. Vermögen waren 17 Mk. im Kassenbestande vorhanden, während 932 Mk. in Wertpapieren und Darlehen und 51 Mk. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 in Wertpapieren und Darlehen vorhandenen Vermögens betrug 3,57 v. H. des Ankaufspreises.

Vermischtes.

Eine Stadt ohne Gemeindesteuern.

Die Stadt Bad Orb ist jetzt zu den wenigen deutschen Städten getreten, deren Finanzlage so glänzend ist, daß sie von ihren Einwohnern keine Gemeindesteuern zu erheben braucht. Ein Privattelegramm aus Fulda meldet: Die Stadt Bad Orb ist von dem verstorbenen Bezirkstierarzt Büttel zur Erbin seines 100000 Mark betragenden Vermögens eingesetzt worden. Der Erblasser hat bestimmt, daß die Zinsen dieses Vermögens ausschließlich Schulzwecken dienen sollen. Die Stadt Orb erhält außerdem durch den Verkauf von einem Drittel ihres Stadtwaldes an den Militärfiskus zur Anlage des Truppenübungsplatzes den Betrag von rund 3 Millionen Mark, so daß sie infolgedessen keine Gemeindesteuern mehr zu erheben braucht. — Auf nach Orb! —

Der See, der nicht zufriert.

Ein See, der nicht zufriert, ist der Tollensee in Mecklenburg-Strelitz. Dieses elf Kilometer lange und zwei Kilometer breite Gewässer ist seit undenklichen Zeiten, auch wenn strenge Kälte herrschte, nicht mehr gefroren, trotzdem sein Wasser eiskalt ist. Die Ursache dieser Erscheinung ist noch nicht ermittelt worden. Auch in diesem Winter ist der See vollständig eisfrei, obgleich in der Umgegend alle Gewässer eine Eisdecke tragen. Der See bildet bei Frost die Zufluchtsstätte vieler Tausende von Wasservögeln, denen anderwärts durch das Eis die Nahrungsquelle verstopft ist.

Humor und Satire.

Er und sein Freund. Das Hallesche Volksblatt bringt eine köstliche Probe schwäbischen Wahlhumors: Am Tage der Hauptwahl führte ein biederer Vorortsbewohner von Stuttgart einen Esel durch die Straßen der Hauptstadt Schwabens, der rechts und links ein Plakat trug: „Ich und mein Freund wählen Mülberger!" Der Oberbürgermeister Mülberger war der „nationale" Sammelkandidat gegen die Sozialdemokratie. Der langohrige Freund der bürgerlichen Kandidatur erregte teils stürmische Heiterkeit, teils grimmen Zorn. Von staatserhaltender Seite wurde die hohe Polizei gegen den Esel mobil gemacht, das Telephon spielte zwischen Polizeidirektion und Parteileitung, aber dem Esel gegenüber versagten alle Gesetzes- und Polizeivorschriften. Den harmlosen Grauschimmel wegen seiner Hinneigung zur staatserhaltenden Kandidatur zu arretieren, ging nicht gut an, denn höchst gesittet und fromm zog er seines Weges fürbaß, während die Wahlautos der bürgerlichen Parteien Leib und Leben der Straßenpassanten gefährdeten. Schließlich fand sich aber doch ein Schutzmann, der sich berufen fühlte, den Staat zu retten. Er verlangte, daß dem Esel die Plakate abgenommen würden. Andernfalls und so weiter. Dem biederen Manne aus dem Vorort blieb schließlich nichts anderes übrig, als das Gebot der hohen Obrigkeit zu respektieren. Kurz entschlossen nahm er dem Esel die Plakate ab und hing sie sich selber um, eins auf den Buckel und eins auf die Brust. So zog er, den Grauschimmel zur Seite, seines Weges weiter. Das Publikum jauchzte vor Vergnügen, der Polizist aber verschwand eilends in eine Nebenstraße.

Arbeiter-Sekretariat Danzig

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

Sprechstunden vormittags von 12—1, abends von 5—7 Uhr, Sonnabends von 4—6 Uhr.

Arbeiter!

Fort mit dem Junker-Fusel und der 50 Millionen Schnaps-Liebesgabe.

Der Schnaps-Boykott ist Ehrensache eines jeden Arbeiters!

[illegible]

Eisenwaren

Eiserne Oefen

Emaillierte Schilder

Sprech-Maschinen

[illegible]

Fahrrädern

A. Hein

Breitgasse 115.

[illegible]

Privat-Einzel-Unterricht

Buchführung, Stenographie, Arbeiterkorrespondenz, [illegible]

Großes Brot

[illegible] Baranski.

Max Krause, Danzig.

Zigarren-Versandhaus vis a vis Hauptbahnhof:

Filiale Rammbau 13

empfiehlt seine hervorragende

Spezialmarken

Probieren Sie **„Göthe"**, eine sehr feine milde **7 Pfg.-Zigarre**, a Stück 40 Pfg. 1739

ELBING.

Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinigung

[illegible] sind ein hervorragendes, 1000 fach [illegible]

Hausmittel „Bennopillen"

[illegible] 1 Mark in der **Apotheke Max Reichert Nachf. in Elbing.** [illegible] Aloes Taraxac. aa 1,0 Plv. [illegible] aa 0,75 Extr. Gentianae qu. s. Fiant pil. L. (1755

Achtung! Achtung!

Allgemeiner Arbeiter-Verein.

Sonnabend, den 17. Februar im Vereinsgarten

Großer

Preis-Maskenball

Anfang abends 8 Uhr.

Um günstigen Zuspruch bittet

Der Vorstand.

Central-Theater

Elbing, Brückstr. 15

◇ ◇ ◇ Neues ◇ ◇ ◇

Programm.

Pathé-Journal

Dank des Löwen

Drama.

Eifersucht und Leidenschaft

Drama

Eine Laune, Drama.

Humoresken:

Lemke besucht ein Gefängnis

Tontolini und die Holzpuppe

Kiekebusch ist verliebt

Leo Sapperloter, Komödie

Einlagen.

1822 Die Direktion.

Goldstein's 95 Pfg.-Tage dauern nur noch bis Sonnabend, dieselben bieten die größten Vorteile **95 Pfg.-Tage**

Julius Goldstein, Danzig, Junkergasse 2, neben Markthallen-Automat

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] Danzig. Druck von Carl Gampowski, Danzig.

Hierzu 1 Beilage

Beilage zur Volkswacht

Nr. 14. | Danzig, den 14. Februar 1912. | 3. Jahrgang.

Aus Westpreußen.

Ein Menschenalter Agitation.

Die Zukunft dem Sozialismus, die Gegenwart uns und die Vergangenheit — den Toten! So gilt es bei der Aufklärungsarbeit für alle und für jeden einzelnen, wenn die Befreiungsarbeit Kämpfer bedarf.

In der lebendigen Tätigkeit des Einzelnen liegt der Zukunftserfolg:

Jeder einzelne muß lebendig sein, agitieren und organisieren, so und nur allein so geht es vorwärts, das beweist uns die Vergangenheit.

Die Aufopferung des Einzelnen bringt der Gesamtheit Macht, das beweist die Gegenwart. Sehen wir uns die und ihre Erfolge einmal näher an. Die „Abrechnung" vom Januar 1912 ergibt für uns folgende Ziffern:

Sozialdemokratische Stimmen am 12. Januar	**4 250 000**
Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete	**110**
Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete	**211**
Sozialdemokratische Gemeindevertreter	**8 910**
Mitglieder der sozialdemokratischen Partei	**900 000**
Mitglieder der Konsumgenossenschaften	**1 250 000**
Mitglieder der freien Gewerkschaften	**2 440 000**
Auflageziffer der sozialdemokratischen Presse	**1 450 000**
Auflageziffer der freigewerkschaftlichen Presse	**2 600 000**

Was besaßen unsere ersten Vorkämpfer als sie 1871 im neugegründeten Deutschen Reiche ihre Aufklärungsarbeit begannen?

Bei den Wahlen von 1871 entfielen auf die beiden sozialdemokratischen Parteien (Lassalleaner und Eisenacher) 101 927 Stimmen, nicht ganz 3 Prozent aller abgegebenen Stimmen überhaupt; 1912 sind es rund 35 Prozent geworden! Wie wurde dies möglich? Weil auch der Letzte seine Pflicht getan hat!

Im Reichstag fanden sich auf Grund der eben angegebenen Stimmenzahl Bebel (Glauchau-Meerane) und Schraps (Zwickau-Crimmitschau) ein. Damals zwei Reichstagsmitglieder, heute 110!

Die Gewerkschaften musterten auf ihrem Eisenacher Kongreß im Juni 1872 9920 Mitglieder! Heute sind es rund 2,5 Millionen! Die beiden Richtungen der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands zählten 1871 rund 25 000 Mitglieder; heute sind es 900 000, darunter über 100 000 Frauen!

Die Arbeiterpresse ließ sich 1871 an den Fingern abzählen. Es waren an gewerkschaftlichen Organen der Korrespondent, (Buchdruckerorgan), der Botschafter, (das Zigarrenarbeiterblatt), der Korrespondent, (die Zeitung der Hutmacher), der Genossenschafter, (Gold und Silberarbeiter) und der Sprechsaal, die Zeitung der Porzellanarbeiter. Als politische oder Parteipresse der Arbeiter des Jahres 1871 stand zur Verfügung der Volksstaat in Leipzig, die Demokratische Zeitung in Berlin, der Braunschweiger Volksfreund, der Dresdener Volksbote, die Chemnitzer Freie Presse, die Demokratischen Blätter in Königsberg, das Fürther demokratische Wochenblatt und der Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund. Zusammen hatten alle diese Blätter kaum 35 000 Abonnenten. **Heute hat** Partei und Gewerkschaftspresse eine Auflage von über vier Millionen! Dazu kommen noch die wissenschaftlichen Zeitschriften und die in größeren Intervallen erscheinenden Agitationsblätter!

Die Arbeiterbewegung ist groß und stark geworden, weil viele ihre Pflicht erfüllten, und jede Stunde zur Erreichung ihres Ideales, einer gewaltigen Arbeiterbewegung, ausnutzten! An jedem einzelnen von uns liegt es, das begonnene Werk zu vollenden! An die Arbeit!

Elbing.

Wie die Schutzzollpolitik in 30 Jahren das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes auf den Kopf stellte, verrät die Zuschrift einer bürgerlichen Dame an die konservative Elbinger Zeitung. Sie ist in der Nummer vom 7. Februar 1912 wiedergegeben und lautet:

„. . . . Es ist jetzt alles rasend teuer; man möchte fast verzagen. Früher war doch zu wirtschaften, jetzt kann man gar nicht mehr auskommen. Wie konnte man billig einkaufen, als ich vor drei Jahrzehnten in Königsberg heiratete. Ich bekam nicht so viel Wirtschaftsgeld wie heute, aber das war auch nicht nötig. Trotzdem konnte ich sparen und mich darüber freuen, wenn ich am Monatsschluß 5 oder 10 Mark erübrigt hatte. Kalbfleisch bezahlten wir damals in Königsberg mit 20 Pf.; für 25 Pf. bekamen wir eine hochfeine Keule. Fast jeden Sonntag stand bei uns ein saftiger Kalbsbraten auf dem Tisch. Eier nannten wir teuer, wenn sie im Winter 60 Pf. kosteten. Butter bezahlten wir mit 50 bis 60 Pf. Den Scheffel Kartoffeln lieferten uns die Marktleute für 1,10 bis 1,50 Mark. Schweinefleisch kostete 40 bis 45 Pf., Rinderfilet 7. Pf. Die Milch 8 bis 10 Pf. das Liter. Und wie billig konnten wir uns mit Gemüse versorgen! Denken Sie sich nur: die gewöhnlichen Dillgurken kaufte man die Mandel für 10 Pf., die gelben langen Senfgurken, die im letzten Herbst in Elbing das Stück 40 bis 50 Pf. brachten, bekamen wir ebenfalls für 10 Pf. Wenn für ganz Pomuchel mehr als 10 Pf. gefordert wurden, kaufte man sie einfach nicht. Stör war für die armen Leute. Das Stück wurde mit 15 bis 20 Pf. bezahlt. Heute bringt dasselbe Stück Stör 2 Mark und 2,50 Mark, weil inzwischen die wohlhabenden Leute Appetit auf Störfleisch bekommen haben. Damals hob niemand die Nase nach Stör auf. „I bäh!" hieß es. Heute reißen sich die Leute nach einem Stück Räucherstör.

Die Welt ist wie umgewandelt. Seit zwei Jahrzehnten lebe ich in Elbing, und da tut sich was. Wer kauft hier heute Kalbfleisch unter 80 Pf.? Ein guter Kalbsbraten bringt es sogar auf 1 Mark das Pfund. Butter ist unter 1,30 Mark gar nicht zu haben; sie kostet auch 1,40 Mark. Der Scheffel Kartoffeln — das ist etwas weniger als ein Zentner — kostet 3 Mark, Schweinefleisch 70 bis 75 Pf., Milch das Liter 16 bis 18 Pf., Rinderfilet 1,30 bis 1,40 Mark, Eier das Stück 15 Pf., die Mandel 1,70 bis 1,80 Mark. Das Gemüse ist gar nicht zu bezahlen. Ein anständiger Pomuchel bringt 50 Pf. usw. Was soll ich Ihnen sagen, es ist rasend. **Nun haben die Leute den Schröder gewählt; ich glaube aber nicht daran, daß es billiger wird. Nach einem Jahre werden wir gerade so klug sein wie jetzt. Das Geld wird immer mehr entwertet.** Früher freuten wir uns über einen Dreier und über einen Groschen; ein Taler war uns ein kleines Kapital. **Heute zerrinnt das Zwanzigmarkstück in der Hand, ohne daß man recht weiß, wo es bleibt.** Wie es anders gemacht werden soll, weiß ich nicht. Die Preissteigerung liegt wohl im Zuge der Zeit. Aber das eine kann ich Ihnen sagen: Früher fühlte man sich ohne Kanalisation und ohne die andere neue Kultur auch ganz wohl!"

Besser könnten wir Sozialdemokraten die Wirkungen der verderblichen Zollpolitik auf den Geldbeutel der Kleinen auch nicht schildern. Offensichtlich lebt diese Frau nicht in der Enge des Proletariats. Mancherlei an ihren Ausführungen läßt vermuten, daß sie im Mittelstande zu suchen ist. Ob sie wohl darüber nachdachte, wie es den Hausfrauen zumute sein mag, die mit 15—18 Mark wöchentlich eine Familie ernähren und kleiden sollen? Bei diesen Bedauernswerten herrscht **ständige Unterernährung.** — Ganz recht hat die Einsenderin damit, daß die Wahl des Forstrates Schröder es um nichts besser macht. Der Kreislauf der Dinge ist doch der: In Deutschland haben wir eine Regierung, die sich auf die Junker- und Großkapitalisten stützt und nach deren Pfeife tanzt. Diese Junker-Kapitalistenregierung sperrt die Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Dadurch wird erreicht, einmal daß die Großgrundbesitzer bei dem Verschleiß der von ihnen erzeugten Lebensmittel das Volk auswuchern und den Wert des Bodens ins Ungemessene steigern können. Andererseits fallen für den Staat viele hundert Millionen Steuern ab, die er benutzt, um bei den Industriellen Kriegsschiffe, Kanonen und ähnliche „nützliche" Dinge zu kaufen. So kommt ein jeder auf seine Rechnung; Regierung, Agrarier und Großfabrikanten reiben sich die Hände. **Ob Schröder oder Oldenburg ist ganz gleich:** Ist doch Schröder der Erwählte Zieses und muß dessen Interessen vertreten. Nicht die des armen Volkes. Soll es besser werden, so muß sich das gesamte arbeitende Volk der **Sozialdemokratie** anschließen. Die allein besitzt den ehrlichen Willen, reinen Tisch mit den Volksausbeutern zu machen. Und sie wird die Macht dazu haben, sobald die heute verblendeten Arbeiter sich von der Vormundschaft der Junker und Großkapitalisten befreien.

Forstrat Schröders Entdeckungen im Reichstage. Als der Kandidat der „Vaterländischen" von seinen Parteifreunden auf den Schild erhoben wurde, verging eine lange Zeit, ehe der Herr entdeckte, ob er konservativ oder nationalliberal sei. Dann gab der Herr Forstrat nach langen Wochen schwerer geistiger Geburtswehen die Erklärung ab, er wolle sich der Reichspartei anschließen. Wieder vergingen Wochen und der „Herr Abgeordnete" reiste zur Eröffnung des Reichstages nach Berlin. Ihm sind aber wohl neue Gewissensbedenken gekommen. So prüfte er abermals und fand, die Reichspartei gehöre zum blauschwarzen Block. Die Ziesezeitung bringt in der Nummer 34 eine Erklärung, nach der Herr Schröder aus diesem Grunde auf den Beitritt zur Reichspartei verzichte. Die Entdeckung des Forstrates, daß die Reichspartei zu den Blauschwarzen gehört, ist von einer außerordentlichen Tragweite. Wir beglückwünschen den Herrn zu seiner fortschreitenden politischen Erkenntnis. Wenn die sich weiter in gleich schnellem Tempo entwickelt, wird seine politische Laufbahn den Wählern mancherlei „Gutes" bringen.

Ein schöner Batzen. Die Abrechnung über die Kanalisation ist endlich erfolgt. Wie die Aufstellung ergibt, kostete die Anlage 2 617 000 Mark. Das ist erheblich mehr, als ursprünglich in Aussicht genommen wurde. Zudem entspricht die Kläranlage alles anderem, als einem Muster der Vollkommenheit und die Stadt wird hier noch einige tausend Mark hineinstecken müssen, um den dringendsten Mängeln abzuhelfen.

Marienburg.

Zu eine sonderbare Finanzwirtschaft gewährt ein Stadtverordnetenbericht in Nummer 35 der Marienburger Zeitung Einsicht. Es heißt da:

Zu den Quartalszahlungen braucht die Stadtverwaltung große Summen, die sie von der Ostbank erhält. Für diese vorübergehend aufgenommenen Darlehen sind 2065,73 Mk. Zinsen nachzubewilligen. In der Tat hat die Stadt nur **1079,78 Mk. zuzuzahlen,** als auch sie für angelegte Gelder auf der Bank Zinsguthaben besitzt. Die verlangten Mittel wurden bewilligt.

Ja, wie ist das möglich? Für Einnahmen wie Ausgaben wird doch alljährlich im voraus ein Haushaltsplan aufgestellt. Für Deckung der Ausgaben muß die Stadt rechtzeitig Vorsorge treffen. Sie darf nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Bares Geld bewahrt heutzutage selbst der Privatmann nicht im Hause auf. Viel weniger eine öffentliche Behörde. Man sollte annehmen, daß Eingänge an Geld vom Stadtkämmerer sofort der Bank überwiesen würden. Dann müßte aber das Guthabenkonto der Stadt groß genug sein, aus eigenen Mitteln Zahlungen zu leisten und der Magistrat brauchte nicht erst für beträchtliche Summen Kredit in Anspruch zu nehmen. Der Vorgang, daß die Stadt bei Deckung laufender Ausgaben Darlehen aufnehmen muß, ist jedenfalls ungewöhnlich.

Etwas lausiges. 32 Mark hatte eine frühere Stadtverordnetenversammlung für die Reinigung der Gefangenen von Ungeziefer bewilligt. Die Summe reichte nicht und die Stadtväter mußten noch 3,50 Mark nachbewilligen.

Danzig-Land.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Land.

Die vierte Wahlkreiskonferenz findet am 5. April 1912, vormittags 10 Uhr, im Lokale des **Herrn Holz, Restaurant „Zum fidelen Bauer" zu Ohra-Niederfeld** statt.

Die Tagesordnung ist vorbehaltlich der Genehmigung der Wahlkreiskonferenz wie folgt festgesetzt:

1. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
2. **Rückblick über die Reichstagswahlen.** Referent: Genosse **Brill.**
3. **Die politische Lage.** Referent: Genosse **Gehl,** Bromberg.
4. **Die Presse.**
5. **Anträge.**
6. **Wahlen.**

Anträge zur Konferenz sind spätestens bis zum 25. März 1912 an den Wahlkreisvorstand einzusenden.

Die Vertretung auf der Wahlkreiskonferenz regelt sich nach den Bestimmungen des § 16 des Organisationsstatuts.

Wir ersuchen die Ortsvereine in einer Mitgliederversammlung die Wahl der Delegierten vorzunehmen und diese sofort nach der Wahl dem Wahlkreisvorstand bekannt zu geben. Auf der Wahlkreiskonferenz muß jeder Ortsverein vertreten sein.

Der Wahlkreisvorstand.

J. A. **Arthur Brill,** Danzig, Dominikswall 8.

Die Niederlage des Amtsvorstehers von Scharfenort. Bei einem Vergnügen des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Land hatte der Amtsvorsteher allerlei Wünsche geäußert, die unzulässig waren, da das Fest in geschlossener Form stattfand. Die Teilnehmer kümmerten sich daher um die Vorschriften des Amtsvorstehers nicht und tanzten lustig bis zum frühen Morgen. Die Folge war, daß dem Genossen Petereit und dem Wirt polizeiliche Strafmandate zugingen. Auf Grund des Tatbestandes hob das Schöffengericht die Strafbefehle auf und sprach die Angeklagten frei. Dieses freisprechende Urteil ist nun auch von der Strafkammer bestätigt. Obwohl die Verhandlung klar ergab, daß das Vergnügen nicht der polizeilichen Aufsicht des Herrn Amtsvorstehers unterstand, beantragte der Staatsanwalt ohne ein Wort der Begründung 10 Mark Strafe gegen jeden der beiden Angeklagten. Die Richter sprachen indessen sowohl den Wirt als auch den Genossen Petereit frei.

Marienwerder.

Ein neues Postgebäude will der Staat der Stadt Marienwerder bescheeren, da das alte, welches im Jahre 1806 erbaut ist, seiner Baufälligkeit und unzureichenden Größe wegen nicht mehr den heutigen Anforderungen genügt. Für den Neubau verlangt der Etat 200 700 Mark.

Ihre Hühner ließ eine Eigentümerfrau aus Schulwiese zur Zeit der Maul- und Klauenseuche frei umherlaufen. Das Schöffengericht in Marienwerder verurteilte die Frau dafür zu einem Tage Gefängnis. Die gleiche Strafe traf den Arbeiter Schlewinski aus Ziegellack, dessen Ziege zur Zeit der Maul- und Klauenseuche bei Spaziergängen im Freien betroffen wurde.

Keine Gelegenheit zu baden besteht für den allergrößten Teil der Bevölkerung von Marienwerder, nachdem die einzige Warmbadeanstalt zu bestehen aufgehört hat. Eine Stadt von 13 000 Einwohnern während der größeren Hälfte des Jahres ohne die Möglichkeit ein Bad zu nehmen! Ein schönes Kulturzeugnis, das sich die Marienwerderer damit ausstellen.

Graudenz.

Ein Graudenzer Werkstättenidyll. Bei dem Tischlermeister H. Witte gleicht der Arbeitsraum einer dunklen Räucherkammer. Vier Gesellen und drei Lehrlinge arbeiten in dem Raum, der auch zwei kombinierte Holzbearbeitungsmaschinen enthält. Sofern eine Maschine in Tätigkeit tritt, gleichen die in der Nähe arbeitenden Menschen Mehlsäcken. Als Ventilation dient die Eingangstür oder ein halbes Fenster. Diese Art Luftreinigung ist den Lungen der schweißtriefenden Tischler sehr zuträglich. Aber die Szenen, die sich beim Verleimen abspielen, sind noch besser. Das Anwärmen wird mit einer sogenannten „Bratpfanne" besorgt. Auf einem 2—3 Meter langen Stiel ist ein Stück Blech genagelt. Darauf wird ein Haufen Späne entzündet und das Anwärmen geht los. Wenn auch nur ein Mann ein oder zwei Stunden leimt, ist die Werkstatt so voll Rauch, daß einer den andern nicht sieht. Während des Verleimens läßt sich der Herr Meister in der Bude nicht blicken. Am nächsten Tage aber schaut er mit forschenden Augen nach den Werken der Lehrlinge. Dann kommen die Kosenamen: Du altes Faultier! und Du Stück Sch . . . . . s. Als Zugabe gibts wohl eine Maulschelle.

Eine gute Sache bei Herrn Witte ist die Akkordarbeit der Lehrlinge. Wenn nämlich am Schluß der Arbeitszeit, meistens 8 Uhr abends, Späne und Abfälle hinausgeschafft sind, können die Lehrlinge Särge bauen, die sie stückweise bezahlt erhalten. Da der Akkordsatz sehr gering ist, arbeiten die Jungen bis zwölf Uhr nachts. Auf die verwunderte Frage eines neueingetretenen Gesellen, ob in der Nacht Heinzelmännchen schafften, erwiderten die Lehrlinge, sie müßten arbeiten, um sich Semmel und Brot kaufen zu können. Die Bedauernswerten sind beim Meister in Kost und Logis und die elterliche Erziehung liegt in den Händen des Meisters. In einem Vierteljahr kauften die drei Lehrlinge für 13,50 Mark Lebensmittel, meist Brot. Die Summe ist Trinkgeld vom Leicheneinsargen oder stammte von der nächtlichen Arbeit.

Moloch Militarismus verlangt für Kasernenbauten in Graudenz als erste Rate vom Reichstage 180 000 Mark.

Anerkennenswert. Der Graudenzer Theaterverein ermöglichte den Fortbildungsschülern den kostenfreien Besuch der Lortzingschen Oper: Zar und Zimmermann.

Thorn.

Ein hohes Alter ist ein volkswirtschaftlicher Wert. Und es ist eine bekannte Tatsache, daß Alkoholgenuß das Leben verkürzt. In einer von Weininteressenten herausgegebenen Zeitschrift Die Sonne wird nun nach der Zahl der Hundertjährigen verschiedener Länder der Schluß gezogen, daß in weinreichen Ländern ein höheres Lebensalter erreicht werde als in anderen. So betrage die Zahl der Hundertjährigen in Frankreich 213, in Spanien 410, in der Schweiz 0, in Italien 197, in Rumänien 1074, in Deutschland 76, in Serbien, 573, in England 92, in Österreich-Ungarn 113, in Schweden 10, in Norwegen 23. Eine Quelle gibt das Blatt der Alkoholinteressenten nicht an, ebensowenig eine Jahreszahl. Man vergleiche nun zunächst mit den eben genannten Zahlen den Weinverbrauch und in Klammer den Gesamtverbrauch in absolutem Alkohol (nach Hoppe, Tatsachen, Tabelle 14 c) Fr. 117,0 (21,25), Sp. 115 (12,05), Schwz. 67 (14,19), It. 93. (13,77) R. 51,6 (9,74), D 6,6 (10,76), S. 38 (8,46), E. 1,77 (9,97), Ö. 15 (9,37), Schwd. 0,4 (6,33). Diese Zahlen sind zumeist aus dem Jahre 1899 1900 und zeigen klar, daß die Zahl der Hundertjährigen, selbst wenn sie richtig wäre, nicht im entferntesten damit übereinstimmt. Auch mit der Weinerzeugung laufen die angegebenen Zahlen gar nicht gleich. Nun sind diese aber vermutlich ganz falsch. Denn in dem 200. Band der Statistik des Deutschen Reiches werden von 100 000 Geborenen folgende Überlebende im Alter von 100 Jahren berechnet (je männlich und weiblich): Fr. 11 (59), It. 8 (10), D. 1,8 (7,7), E. 7 (24), Ö. 10 (20), Schwd. 11 (32), die übrigen Staaten sind in dieser Quelle nicht berechnet. Entscheidend ist aber die Zahl der Hundertjährigen überhaupt nicht. Da kommt viel eher in Betracht die Zeit, welche eine über 15 Jahre alte Person produktiv tätig ist; diese beträgt in Frankreich nur 37,26 Jahre, in England 37,91, in Deutschland 37,92, Schweden 38,53 Jahre. Das steht im umgekehrten Verhältnis zu dem des Gesamtalkoholverbrauchs. Die Zahlen der Alkoholinteressenten stellen demnach einen plumpen Täuschungsversuch dar, der in dieselbe Linie mit den Fälschungen der Brauer fällt, die die Lebensdauer der Abstinenten als die niederste überhaupt ausgaben.

Die Strafkammer verurteilte den Schmied Jankowski aus **Kulmsee** wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1½ Jahren Gefängnis. Er hatte bei einer Schlägerei einem Manne ein Auge ausgestochen.

Pr.-Friedland.

Einen neuen Bürgermeister wird unsere Stadt sich in absehbarer Zeit zulegen können. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil des Bezirksausschusses zu Marienwerder, nach welchem der Bürgermeister Berndt zur Amtsentlassung ohne Ansprüche auf Pension verurteilt wurde. Also, wer hat Lust, Bürgermeister von Pr. Friedland zu werden?

Die erfrorene Kuh von Pr. Friedland. Die Flatower Zeitung berichtete vor einigen Tagen, während der großen Kälte sei in Pr.

Friedland eine Kuh erfroren. Diese märchenhaft klingende Kunde konnte die Friedländer Zeitung nicht auf Friedland sitzen lassen. Zumal, da sie vor einigen Wochen in einer heftig geführten Hasenjagd-Preßfehde gegen die Flatower Zeitung schmählich unterlag. Der Herr Redakteur in Friedland ging den Spuren der erfrorenen Kuh nach und stellte fest, daß diese seit vierzehn Tagen „im Kreuz“ krank gewesen und eines natürlichen Todes gestorben sei. Diesmal muß die Flatower Zeitung klein beigeben und die Friedländer Zeitung kann mit Genugtuung registrieren, im Streit um die erfrorene Kuh Sieger geblieben zu sein. — „Mein Sohn, Du weißt nicht, mit wie wenig Verstand Zeitungen redigiert und gelesen werden!“ kann der unbeteiligte Dritte hier das bekannte Wort Oxenstiernas variieren. O Kleinstadt!

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Deutsch-Krone. Die Kultur dringt selbst in die dunkelsten Gegenden vor. Unser Nachbarstädtchen Tütz führte elektrische Beleuchtung ein.

Pr.-Friedland. Mit dem Herrn auch der Diener! Zugleich mit der Amtsentlassung des Bürgermeisters Berndt kommt die Nachricht, daß auch der Polizeidiener Jeschke ohne Pension aus dem Dienst entlassen ist. Lediglich für ein Jahr billigte das Oberverwaltungsgericht Jeschke drei Viertel der Pension zu.

Zoppot. Das Reichsgericht verwarf die Revision des zum Tode verurteilten Seefahrers Gaffke.

Gewerkschaftsbewegung.

Elend im schwarzen Rock.

Der Verband der Bureauangestellten hat kürzlich eine Statistik über die Anstellungsverhältnisse seiner Mitglieder veröffentlicht. Die Erhebung umfaßt 1973 Betriebe mit 7321 Angestellten, von denen 1087 weiblichen Geschlechts waren. Insgesamt dürften in Deutschland [illegible] Bureaus mit 30000 Angestellten vorhanden sein. Es ist also schon ein recht erheblicher Prozentsatz, über deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Erhebung Auskunft gibt.

Sie zeigt vor allem das traurige Ergebnis, daß im Bureauangestelltenberuf eine Lehrlingszüchterei schlimmster Art stattfindet. Nicht weniger als 2648 ([illegible] Prozent) aller Angestellten waren Lehrlinge. Weitere 2945 Personen ([illegible] Prozent) waren Gehilfen und 1727 ([illegible] Prozent) Bureauvorsteher. Nur 15,[illegible] Prozent der Angestellten waren über 30 Jahre alt, woraus hervorgeht, daß die älteren Leute, wenn sie nicht frühzeitig an Entbehrungen zugrunde gehen wollen, gezwungen sind, sich eine lohnendere Beschäftigung zu suchen.

Die Gehaltsverhältnisse der von der Statistik erfaßten 7321 Personen waren äußerst traurig. Das Gehalt, das in den weitaus meisten Fällen postnumerando ausgezahlt wird, betrug für

3465 Personen	47,3 Prozent	unter 50 Mk.
1842 Personen	25,1 Prozent	51 – 100 Mk.
1170 Personen	16,0 Prozent	101 – 150 Mk.
578 Personen	7,8 Prozent	151 – 200 Mk.
266 Personen	3,7 Prozent	über 200 Mk.

Rund drei Viertel aller Angestellten [illegible] mit einem Gehalt von unter [illegible] Hälfte aber sogar mit weniger als 50 Mk. Die Arbeitszeit beträgt für 36 Prozent der [illegible] Stunden täglich, für 43 Prozent neun Stunden, für den Rest mehr. Sonntagsarbeit hatten 15,5 Prozent zu leisten. Bezeichnend ist es auch, daß 48,8 Prozent der männlichen und 43,7 Prozent der weiblichen Personen weniger als ein Jahr in der gegenwärtigen Stellung beschäftigt waren.

Die Bureauangestellten, die sich auf Grund ihres schwarzen Rockes und ihrer weißen Stehkragen oft für etwas Besseres als „gewöhnliche“ Proletarier halten, können sich aus ihrer elenden Lage nur durch die Erkenntnis befreien, daß auch für sie das Heil im gewerkschaftlichen Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen und in ihrem Anschluß an diejenige Partei liegt, die allein und ehrlich im Staate die Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten vertritt: an die Sozialdemokratie!

Gerichtliches.

Abgeschlachtet.

Scheußliche Szenen haben sich bei der Hinrichtung des vor wenigen Tagen in Dresden zum Tode beförderten Arbeiters Göhlert abgespielt. Wie die Kulturtat vor sich ging, schildern die Dresdener Nachrichten folgendermaßen:

Göhlert ist schwer gefesselt, die Hände liegen auf dem Rücken. Er hat, wie man später erfuhr, noch auf dem Wege von der Zelle bis zum Hofe den ihn begleitenden Anstaltspfarrer zugerufen, Liebe, Treue und Gerechtigkeit seien auf Erden verschwunden. Angesichts der Guillotine schweigt er zunächst. Die Gehilfen des Scharfrichters drehen ihn mit dem Gesicht den Zeugen zu. Staatsanwalt Dr. Weichert verliest mit lauter Stimme: „Der hier vorgeführte Ernst Friedrich Göhlert ist vom Schwurgericht zu Dresden wegen Mordes rechtskräftig zum Tode verurteilt worden. Se. Majestät haben beschlossen, vom Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen.“ Die übrigen, an den Landesscharfrichter gerichteten Worte werden übertönt von der lauten, kreischenden Stimme Göhlerts, der sich so heftig sträubt, daß sechs Mann ihn Schritt für Schritt auf das Gerüst förmlich hinaufschleppen müssen. Schaurig klagen seine Worte von den hohen Wänden wider und in der Stille des Morgens hinaus: „Meine Herren, ich möchte erst noch etwas mit Euch sprechen. Ich bin zu Unrecht verurteilt worden. Das ist Ihnen nicht mitgeteilt worden von der Justiz. Nehmen Sie sich das zu Herzen. Es ist mein letzter Gang. Ich habe ein Schriftstück an meine Frau abgegeben, da steht das drin; das ist aber nicht abgegeben worden. Ihr wißt nun, wie es zugegangen ist. Meine . . .“ So weit kam Göhlert, dann hörte man ein dumpfes Aufschlagen des Fallbeils . . . Tief erschüttert verließen die Zeugen, der Aufforderung der Beamten entsprechend, sofort den Hof. —

Wie lange noch werden sich solche widerlichen, aller Kultur Hohn sprechenden Barbareien abspielen?

Vermischtes.

Vom lieben Zentrum!

I.

Verfassungsrechtliches aus der Hölle.

Ein gottseliger Gelehrter, der Pfarrer Dr. Zitterer, hat die wesentlichen Grundlagen der höllischen Verfassung klipp und klar in der Zeitschrift Der Katholik formuliert. Seine tiefsinnigen Untersuchungen gehen davon aus, ob der Gebrauch des Wortes Teufel in der Mehrzahl zulässig sei. Ein knifflisches Problem, wie man zugeben wird, aber ein klerikaler Wissenschaftler knackt bekanntlich spielend leicht die härteste Nuß. So kommt denn auch dieser Historiker des teuflischen Staatsrechts, nach Ausführungen, die sich über 23 Seiten erstrecken, zu einem runden, netten Resultat, indem er „feststellt“, daß man wohl von bösen Geistern, nicht aber von Teufeln reden darf. Denn der Teufel, Satan oder Luzifer sei der einzige souveräne Fürst und unbeschränkte Monarch im Reiche der bösen Geister, die seine untertänigen Diener und persönlichen Hilfskräfte sind. Was nun dieses Reich anbetrifft, so hält der Verfasser für erwiesen: „1. daß das Reich der bösen Geister ein einheitliches ist; 2. daß sie sich solidarisch verbunden fühlen, und 3. daß sie ohne unmittelbare Teilnahme ihres Hauptes und Fürsten Streifzüge auf der Erde ausführen und den Menschen und dem Vieh schaden können.“

Nach dieser bedeutenden Probe seines in höllischen Verfassungsfragen so erfolgreichen Spürsinnes darf man dem geistlichen Forscher wohl auch zutrauen, daß er nächstens Klarheit schafft über das Parteileben im Höllenreiche. Es wäre nicht übel, wenn er etwa ausknobelte, ob es auch dort etwas ähnliches wie die Zentrumspartei bei uns zu Lande gibt, und ob deren „solidarische Verbundenheit“ etwa aus blauschwarz schillert. Unserer unmaßgeblichen Meinung nach ist dieses Parteigebilde allerdings in der Höllen nicht vertreten, aus dem einfachen Grunde, weil das Tätigkeitsfeld der höllischen Heerscharen doch nur die Erde ist, dort aber die gemeinschädlichen Streifzüge des irdischen Zentrums durchaus hinreichen, das Gemüt des souveränen Teufels vollkommen zu befriedigen.

II.

Der Papa geht der Mama mit der Wixsbürst' nach!

Der katholische Pfarrer von Sucht in Lothringen meinte vielleicht, in der Religionsstunde müsse es lustig zugehen, wenn das Lehrerspielen einen sittlichen Wert haben solle. Wie dieser würdige Herr seine Gastrolle in der Schule absolvierte, kann man aus einem offenen Schriftwechsel ersehen, den die Saargemünder Zeitung veröffentlicht. Da heißt es in einem Eingesandt:

„Der Gesang der Kinder, der als Unfug zu bezeichnen ist, wurde nicht von dem Elementarlehrerpersonal und auch nicht von den Eltern veranlaßt. Am 16. d. Mts. im Religionsunterricht bei Auslegung des Sakraments der Ehe, kam der Pfarrer auf Uneinigkeiten, die im Ehestand vorkommen können, zu sprechen, und fragte, wer das Lied kann: „Der Papa geht der Mama mit der Wichsbürst' nach, o wie ist das schön!“ Ein Kind meldete sich und sang es vor. Der Pfarrer trug darauf den Kindern auch noch folgenden Liedervers vor:

„Als ich ein Junggeselle war von 20 Jahr,
Da war die Lieb' so groß.
Als ich aber ein Jahr verheirat' war,
Ging [illegible] auf den Kirchhof los,
Und sprach: O Tod, hol' mir meine alte Schachtel los!“

Am 2?. d. Mts. drückte sich der Pfarrer im Religionsunterricht aus, daß es ihn sehr gefreut habe, daß die Conscrits ihm gestern das erstermähnte Lied spielen ließen, und forderte die Kinder auf, den Gesang miteinander zu wiederholen, was ja auch zu wiederholten Malen geschah.

Mehrere Familienväter.“

Langweilig wird ja diese Art Religionsunterricht weder für den Pfarrer noch für die Kinder gewesen sein. Die Familienväter von Sucht sollten das anerkennen, und sich mit ihren Kindern von dem welterfahrenen Zölibatär getrost über die Interna des Ehelebens unterrichten lassen.

Vergeudet nicht Eure freie Zeit!
Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort, Elbing, Alter Markt 5, Möbel und Kochöfen

Alkoholfreie Getränke
Trinkt Brandung vorzügl. Erfrischungsgetränk. Chr. Schatz

Badeanstalten
Deutsches Bad Elbing

Bäckereien
Am. Kuhnke [illegible]

Beerdigungsanstalten
H. Herder, Elbing, Wilhelmstr. [illegible]

Berufskleidung
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Bettfedern und Betten
Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt [illegible]

Bierbrauereien
Danziger Akt.-Bierbrauerei Jahresumsatz ca. 100000 hl.

Bierhandlung
Bierausschank B. Bublitz, Graudenz [illegible]

Hotel [illegible] Hotel
A. Kowalewski [illegible]
Carl Preuss, Graudenz

Blumenhandlung
[illegible]

Brotfabriken
Danziger Brotfabrik G. m. b. H.

Bürsten, Besen, Pinsel
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Zigarrenhandlungen
[illegible]

A. Holz Nachf. Schmiedegasse 19
J. Noetzel Paradiesgasse 33 vorzügl. Zigarren-Spezialmarken.
William Gräber nur Kassub. Markt 22.
Max Krause, Danzig

Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein

Destillation, Liköre
A. Altermann Dampfdestillation „Zur goldenen Kugel“ Danzig, Fischmarkt 42–43.
F. Berner [illegible]
Oscar Schömann [illegible]

Drogen und Farben
Hygiea-Drogerie, [illegible]

Fahrräder, Nähmaschinen
[illegible]
A. Hein, Breitgasse 115.
Ernst Röhl, Breitgasse 78.
Max Ventzki, [illegible]
Chr. Herzog
L. Renters, Elbing, Schichaustr. 2.
Oscar Seydel [illegible]

Galanterie u. Lederwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Gelegenheitskäufe
Häkergasse 10 Herrengarderobe, Schuhwar.

Herrengarderobe
S. Lazarus [illegible] Arbeiterbekleidung [illegible] Herrenartikel
Herm. Goldberg [illegible]

Schwersenz Langfuhr, Hauptstr. 40a Arbeiterbekleidung.
Alb. Mahnke Elbing, Alter Markt. Anfert. nach Maß. Herrenartikel zu billigen Preisen.
Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel Spezialität: Berufskleidung
Herz Marienwerder

Herrenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4
Schmiedegasse 7
C. G. Plaumann

Kaffee, Tee, Kakao
Wilhelm Ebner Telephon 664
Zech's Kaffee ist der Beste Elbing
Paul Nachtigal, Elbing Kaffee-Groß-Rösterei

Kaufhäuser
Partiewaren Gelegenheitskäufe Junkergasse 1, III. Damm 7–8
Johannes Schamp Elbing, Fischerstr. 43.44 Geschäftshaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung Arbeiter-Garderoben Nähmaschinen und Fahrräder

Sally Bieber Stadtgebiet 44 Manufaktur-, Kurz- und Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kino
Müllers Lichtspiele Graudenz Lichtspiel-Palast, Marienwerderstr. 39. Welt-Biograph, Obere Thornerstr. 11 Jede Woche zweimal Programmwechs.

Kohlen, Holz, Briketts
C. Ehlert Schidlitz, Carthäuserstr. 120. Futtermittel
P. Lamm, [illegible]

Kolonial- und Fettwaren
[illegible]
Rich. Folchert Schidlitz Unterstr. 10.
Kavon-Seife zu haben Schidlitz, Karthäuserst. 90.
Otto Foth [illegible]
Franz Krzeminski [illegible]
[illegible]
Otto Salewski Schidlitz, Karthäuserst. 45.
Alex Schalke, Fischmarkt 45
C. F. Schimmelmann vorm. Franz Schüsseldamm 32.
Rob. Schulz Schidlitz
A. Selke, Schidlitz, Unterstr. 12.
Herm. Sieloff, Schidlitz, Weinbergstr.
E. Warkentin, Schüsseldamm 24.
Otto Runkel Elbinger Margarine-Spezialitäten

Korbwaren, Kinderwagen
Korbwarenhaus Otto Mews Elbing, Fischerstr.

Meiereien
[illegible] Schirmagasse [illegible]
[illegible] Schüsseldamm [illegible]

Möbelmagazine
Arthur Schulz Danzig III. Damm Nr. 2 Billigste Bezugsquelle für Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen

Molkereien
Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte Niederlagen in allen Stadtteilen

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundeg. 33 Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht. Zubehör u. Reparaturen enorm billig
Harmophon Musik-Haus Hundegasse 13. Alleinverkauf der Harmophon-Fabrikate
Paul Jäschke Hundegasse 112 Teleph. Nr. 1957

Papier- und Schreibwaren
G. W. Petersen Elbing, Alter Markt 33 Schul- u. Büro-Artikel.

Sargmagazine
H. Kanthack Inh. A. Jacobi III. Damm Nr. 11. Danzig.

Schirme, Stöcke, Mützen
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Schneiderei-Artikel
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Schuhwaren
L. Michaelis III. Damm Nr. 5 Heilige Geistgasse 36 Arbeitsstiefel u. moderne Schuhwaren reell und billig. Reparaturwerkstatt im Hause.
Großes Schuhwarenlager Inh. Fortier Reparaturwkst. Kl. Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus Arbeiter erhalten Extrarabatt.

Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise
A. Krieg Neufahrwasser Olivaerstr. 57
Geschw. Salinger Elbing, Alter Markt 27

Seifen u. Toilettenartikel
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Spielwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Sprechmaschinen, Platten
J. Bogusch Melzergasse 1
A. Hein, Breitgasse 115.
L. Renters, Elbing, Schichaustr. 9.

Trikotagen, Wollwaren
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 6.
S. Lewy Nachfl. Uhrmacher u. Juwelier nur Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg.
Joh. Teske, Schüsseldamm 15.
R. Schwartz Alst. Graben 11 Reparaturen gut und billig
Wilh. Link Uhrmachermeister Elbing, Fischerstr. 36 Blaue Rabattmarken
J. Moeck Elbing, Alter Markt 6. Uhren, Ketten, Ringe.
Paul Mulack Elbing, Alter Markt 1.
Max Schwarz, Elbing, Wasserstr. 11.

Wäsche, Weiß- u. Wollwar.
Julius Goldstein Junkergasse 2, Lawendelgasse 4

Otto Reuter Inh. Heinrich Esau ELBING Größtes Spezialhaus für Arbeiter-Garderoben